

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Nr. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 33

Dienstag den 9. Februar 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Krieg in Sicht.

Das Gelingen und Mangeln in der ostasiatischen Frage hat jetzt ein Ende. Sonnabendnachmittag überreichte der russische Gesandte Baron v. Rosen in Tokio die Antwort Rußlands an Japan. Diese Note war am 4. Februar dem Admiral Mikojan telegraphisch mitgeteilt worden, der sie dann dem Baron Rosen übermittelte. Wenn auch bis jetzt der Inhalt dieser russischen Antwortnote noch nicht bekannt geworden ist, so liegt doch bereits eine Petersburger Drahtung vor, aus der hervorgeht, daß es für Japan unmöglich war, sich noch weiter von Rußland am Marrenseil herumzuziehen zu lassen. Der russische „Regierungsbote“ veröffentlichte Sonntagmorgen eine Zirkulardepesche an die russischen Vertreter im Ausland, welche besagt: „Der japanische Gesandte übergab eine Note, die russische Regierung von der Entscheidung Japans in Kenntnis setzend, daß weitere Verhandlungen einzustellen seien. Der Gesandte und das ganze Gesandtschaftspersonal sind aus Petersburg abberufen. Infolgedessen befahl der Kaiser von Rußland, daß der russische Gesandte Tokio mit dem Gesandtschaftspersonal unverzüglich verlässe.“ Der langen Rede kurzer Sinn ist also: Japan hat die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abgebrochen, ein Vorgang, dem in der Regel die offizielle Kriegserklärung auf dem Fuße zu folgen pflegt. Es ist daher gar nicht unmöglich, daß, wenn diese Notizen in die Hände unserer Leser gelangen, bereits Kriegszustand zwischen den beiden ostasiatischen Rivalen herrscht. Es ist pharisäerhaft laut zu lächeln der Schluß der Meldung des „Regierungsbotes“; es hieß da nämlich: „Diese Handlungsweise der Tokioer Regierung (d. h. der Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Red. d. L. B.) wälzt Japan die ganze Verantwortung für die Folgen zu. Wenn es zum Kriege kommt — und er dürfte jetzt unabweislich sein — so ist also Japan das Karnickel sein, welches angefangen hat, belletrische nicht der „Friedensgar“. Das sind natürlich faule Kläusen. Japan kann es sich unmöglich gefallen lassen, daß Rußland sein loses diplomatisches Spiel mit ihm (Japan) noch weiter treibt, inzwischen aber eifrigst seine Rüstungen fortsetzt. Es war hohe, sogar höchste Zeit für Japan, dem Ränkepiel der russischen Diplomatie ein Ende zu machen. Das ist nunmehr geschehen und in wenigen Tagen wird vielleicht schon der Kriegslärm im Osten Asiens ertönen, werden die Kanonen donnern und die Menschenvernichtung auf „allerhöchsten Befehl“ ihren Anfang nehmen. Hoffentlich bleibt der Krieg wenigstens lokalisiert und entzündet keinen Weltkrieg, wozu die Anlagen überall vorhanden sind.

Von den Meldungen, die sonst noch vorliegen und einige Beachtung verdienen, mögen noch folgende verzeichnet sein. Sämtliche militärischen Japaner im Ausland erhalten die Anweisung, sofort zurückzukehren und sich für den Heeresdienst zur Verfügung zu stellen. Privattelegramme, die in einer Geheimsprache abgefaßt sind, werden von der japanischen Post nicht mehr angenommen. Einen Vorgesandenen besser, was man von der russischen Soldateska erwarten darf, gibt eine Meldung, die amerikanische Blätter aus Seoul, der Hauptstadt Koreas, bringen. Darnach wurden Sonnabend einige russische Soldaten, die sich mehrerer Frauen bemächtigt hatten, von der erbitterten Volksmenge umringt. Gendarmen überwältigten schließlich die Russen, von denen einer verwundet wurde. Was wird da erst alles geschehen, wenn die Horden des „Friedensjägers“ losgelassen werden!

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, den 6. Februar 1904.

Der Schluß der sozialpolitischen Debatte.

Der Reichstag nahm zu Beginn der heutigen Sitzung zuerst das Gesetz betr. Verlängerung der Friedenspräsenzstärke in dritter Lesung an. Bei der Fortsetzung der Staatsberatung kamen zunächst zwei Verträge zu Wort, die ihren Standpunkt gegenüber den Kassen-Verwaltungen zu wahren versuchten. Mit großem Aufwand von lateinischen Zitatensuchen Herr Dr. Ruegenberg vom Zentrum zu beweisen, daß die Ärzte bei ihrem Kampf gegen die Krankenkassen sich ausschließlich vom Idealismus leiten ließen. Aufsehen erregten und nicht ohne Widerspruch bleiben dürften seine Ausführungen über die neuen angestellten Kölner Kassenärzte, denen er schwere Verbrechen nachsagte. Herr Dr. Mugdan (Fp.) suchte sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen, die die Genossen Fräßdorf und Wurm gegen ihn erhoben hatten. Da er sich im Laufe der Rede zu immer neuen Entgleisungen verleitete, so gelang ihm dies nur höchst mangelhaft. Der Rest des Sitzungs-

tages gestaltete sich, um ein Wort des Genossen Stolle zu gebrauchen, zu einer Generalabrechnung unserer Partei mit ihren Gegnern bei den bürgerlichen Parteien des Hauses und am Bundesratsstische. Genosse Dr. David, Mainz widerlegte in einer vortrefflichen Rede, die das Zentrum und die Nationalliberalen ordentlich aufpeitschte, alle die törichtesten Angriffe der Hehl und Erzberger. Er wies dem nationalliberalen Ledergrößenindustriellen aus Worms zahllose Unrichtigkeiten nach und verpötte mit treffendem Witz durch den Hinweis auf die nationalliberale Partei und Herrn Hehl und seiner Arbeiter persönliche Verhältnisse all das, was dieser über die Uneinigkeit der Sozialdemokratie, über Tarifverträge, Willen, die von Arbeitergroßen erbaut sind usw. gesagt hatte. Herr Erzberger, dem er zunächst als Dulle seiner Ausführungen eine bekannte Zentrumschmähparodie nachwies, widerlegte er in fast allen Punkten, insbesondere in der Vassalle-Ketteler-Legende, und wies auch ihm eine Menge falscher Zitate nach. Die Verteidigung des Freiherrn von Hehl zu Hermsheim war recht schwächlich. Er wiederholte einen Teil seiner falschen Zitate und Unrichtigkeiten, ohne daß sie darum richtiger wurden. Genosse Stolle ergänzte die Ausführungen des Genossen David besonders in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland. Was er an empörender Polzeipraxis aus deutschen Kleinstaatchen anführte, verdient allgemein bekannt zu werden. Zwei Redner vom Regierungstisch, das Bundesratsmitglied für Sachsen-Altenburg und der bekannte Dr. Fischer versuchten vergeblich, der eine sachlich, der andere durch gleichgültiges Vornehmstum, den Eindruck seiner Ausführungen zu verwischen.

Nachdem noch der Pole Korsantj nicht ungeschickt gegen den Grafen Posadowsky polemisiert hatte, erwartete man allgemein Vertagung der Sitzung — es war gegen 1/6 Uhr geworden. Ein Teil unserer Genossen hatte bereits das Haus, andere den Sprechsaal verlassen, noch andere, wie Genosse Stolle, wenigstens zusammengepackt. Das benutzte der Präsident, um rasch nach einander die Genossen Stadthagen, Sindermann, Horn und Sachs aufzurufen und sie so um's Wort zu bringen. Genosse Stolle aber, der nach einem vergeblichen Vertagungsantrag das Wort nahm, schenkte den herrschenden Klassen nichts. Er zeigte den maßlosen Terrorismus der Krümmtschauer Fabrikanten so klar, wies so zwingend nach, daß das Recht auf Seiten der Arbeiter war und ist, daß der Geheimrat Fischer, der solange im Reichstag nichts anderes vorgebracht hatte als Erzählungen über angebliche Vergehen der Arbeiter, die Krümmtschauer Unternehmer und ihren parlamentarischen Wortführer, den Abg. Behmann, in ziemlich weitem Umfange preisgab. In seinem Schlußwort vertrieb Genosse Stolle den Dr. Fischer aus den letzten Stellungen, die dieser noch hatte behaupten wollen. Es war ein Sieg auf der ganzen Linie und ein würdiger Schluß der sozialpolitischen Generaldebatte!

Das Gehalt des Ministers wurde nun nach fast zweiwöchentlicher Redeschlacht bewilligt. Am Montag wird der Etat des Reichamts des Innern weiter beraten.

26. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: von Einem, Graf Posadowsky.

Die Vorlage betr. Verlängerung des Friedenspräsenzgesetzes wird in dritter Lesung debattiert angenommen.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Dr. Ruegenberg (Z.): Den Behauptungen der sozialdemokratischen Fraktion über das Verhalten der Ärzte zu den Krankenkassen muß ich widersprechen. Die Ärzte haben auf alle Forderungen an die Gesetzgebung verzichtet und ihren Idealismus oft genug bewiesen, aber Selbstachtung und Existenzmöglichkeit können sie sich nicht nehmen lassen. Bei den niedrigen Honoraren ist die Zahl der zu behandelnden Kranken zu groß und die Bezahlung schlecht. Die Ärzte fordern nur paritätische Vertragskommissionen, angemessene Bezahlung und freie Arztwahl. In Köln haben die Kassen nur eine Gese des ärztlichen Standes als Ersatz gefunden; fünf davon haben wegen Sittlichkeitsvergehens im Gefängnis und Zuchthaus gesessen, zwei im Irrenhaus. Schon jetzt in Köln hat einer dieser Streikbrecher eine Wöchnerin verbluten lassen. Das kann nur der ruhig mitanzusehen, der die Krankenkassen zum Tummelplatz politischer Leidenschaften macht. (Abg. Hebel (SD.) ruft: Wer tut das?) Ich sage nur, wenn jemand das tut. Hoffentlich wird die Krankenkassengesetzgebung möglichst bald geändert.

Dr. Mugdan (Fp.): Der Abg. Velsche hat mit der Forderung der Vereinheitlichung der Versicherungsarten denselben Frevol gegen die geheiligte Majestät der Selbstverwaltung der Krankenkassen begangen, den mir die Sozialdemokraten vorwerfen. Eine einheitliche Arbeiterversicherung müßte sich genau der jetzigen Organisation der Invalidenversicherung anschließen, d. h. es würden an der Verwaltung Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Vorsitz eines unparteiischen Beamten beteiligt sein. Damit wäre das Uebergewicht der Arbeitnehmer bei den Krankenkassen aufgehoben. Als Kassenbeamte will ich brauchbare Personen haben; was sie früher waren, ist mir gleichgültig. Ich kenne vorzügliche Kassenbeamte, die Sozialdemokraten sind, aber auch andere, ebenfalls aus dem Arbeiter-

stande hervorgegangene Beamte, die ganz unbrauchbar sind. Es sind denn auch viele Briefe der Krankenkassen jeder Rechtschreibung bar. Die Bekämpfung der freien Arztwahl ist jetzt sozialdemokratisches Parteideal geworden. Das sagt auch Kaustky. Herr Fräßdorf hat Monate lang nichts anderes getan als Unfrieden zwischen Ärzten und Kassen zu säen. Herr Erzberger hat mit dem Eifer der Jugend (Heiterkeit) die sozialpolitische Tätigkeit meiner Fraktion kritisiert. Aber ohne den Liberalismus hätten Sie kein Genossenschaftswesen, überhaupt keinen Parlamentarismus. Herr Fräßdorf hat mir vorgeworfen, ich hänge mir ein sozialpolitisches Mäntelchen zum Wählerfang um. Nun, auf den Zukunftsstaat bin ich nicht neugierig; aber ich sehe, daß im Gegenwartsstaat gerade bei der Sozialdemokratie die größte Ungerechtigkeit besteht. (Unruhe bei den Soz.) Die Hälfte der deutschen Arbeiter sind keine Sozialdemokraten. Nur von einer Harmonie zwischen Unternehmern und Arbeitern ist der Fortschritt der Sozialreform zu erwarten, deren größter Störenfried die Sozialdemokratie ist. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Dr. David (SD.): Gegenüber Herrn Dr. Mugdan muß ich bei der Behauptung bleiben, daß er neulich mit seiner Angabe über die parteipolitische Ausnutzung der Krankenkassen von der Wahrheit abgewichen ist. Kommen Sie nach Mainz, dort werde ich Ihnen eine Menge Genossen unter den Kassenbeamten zeigen. (Zwischenruf des Abg. Mugdan (Fp.): Aus den letzten Jahren nicht!) O gewiß. Sie sehen, wie unberechtigt die apodiktische Form Ihrer Behauptungen ist. Heute haben Sie wieder den Krankenkassenvorständen vorgeworfen, es seien ganz unfähige Leute ohne Bildung, die würde die Aufsichtsbehörde schon entfernen. Mehr oder minder brauchbare Elemente findet man ja auch unter den Ärzten, fragen Sie Herrn Dr. Ruegenberg. (Abg. Hebel ruft: Sehr gut!) Die Krankenkassenvorstände sind Verwalter fremder Gelder im Interesse der Kranken; da liegt Ihre Interessensolidarität (zum Abg. Mugdan) wirklich einmal vor. Mit ihren beschränkten Mitteln können die Krankenkassen nicht alle Forderungen der Ärzte erfüllen. Herr Baskig hat gestern die Behauptung des Freiherrn v. Hehl in anderer Form wiederholt, Genosse Ulrich habe 118 pCt. Vermögenssteuer vorgezogen. Das widerspricht durchaus den Tatsachen. Der Finanzminister hat einen unserer Anträge völlig mißverstanden und dann auf eigene Rechnung und Gefahr eine solche Berechnung aufgestellt. Bei der Nachprüfung stellte sich heraus, daß der reichste Mann Hessens 20 pCt. Einkommen- und Vermögenssteuer bezahlt hat und das ist unserer Meinung nach nicht zu hoch. Die Strafe vom Verhungern kann man da nicht anwenden. Ferner hat Herr von Hehl die Legende wiederholt, die Sozialdemokratie habe 1893 gegen das Wucherergesetz gestimmt. In Wahrheit hat meine Partei sowohl 1880 wie 1893 für das Wucherergesetz gestimmt, 1893 sogar in namentlicher Abstimmung für den entscheidenden Paragraphen des Gesetzes. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Vorwurf, daß die Sozialdemokratie uneinig sei, berührt von einem Nationalliberalen besonders komisch. In der Sozialpolitik tadelte Herr von Hehl das zu langsame Tempo, Dr. Deumer das „Automobil-Tempo“. (Heiterkeit bei den Soz.) Wahrscheinlich sind die meisten Nationalliberalen für die homöopathischen sozialpolitischen Dosen des Grafen Posadowsky. Die Arbeiter freilich verlangen nicht die kleinen Dosen, in denen man ein Gift gibt, sondern ganz gewaltige Schlüde, wie man sie von einem lebensfähigen Glycer nehmen darf. Herr v. Hehl meinte, eine Vorrede Willeram's zu seinen Reden widerspreche in allen Punkten dem sozialdemokratischen Programm und könne ganz gut in bürgerlichen Volksversammlungen gegen die Sozialdemokratie verwendet werden. Aber das Zitat, das Herr v. Hehl aus der Willeram'schen Vorrede gab, findet sich dort weder im Wortlaut noch dem Sinne nach. (Hört, hört! b. d. Soz.) Offenbar ist es aus irgend einem tendenziösen Kaserat, aus abgerissenen Sätzen in durchaus sinnfälliger Weise zusammengestellt. (Unruhe b. d. Soziald.) Willeram spreche deutlich von einer Umwandlung des Eigentums, das aus einer Apanage einer gewissen Anzahl von Menschen zu einem Erbe aller werden müsse. (Hört, hört! b. d. Soziald.) Will Herr Hehl das in seinen Volksversammlungen vortragen? (Heiterkeit) Auf jeden Fall oder sollte er doch einmal mit seinem Sekretär reden, daß solcher Unsinn aufhört! (Große Heiterkeit) Auch über die Gründung einer Gewerkschaft hat Herr Hehl merkwürdige Ansichten. Er meint, zuerst gründe man das Gewerkschaftshaus (Stürmisches Gelächter b. d. Soziald.), das Geld komme aus Berlin. (Erneute Heiterkeit b. d. Soziald.) In Mainz gibt es 6000 organisierte Arbeiter, aber immer noch kein Gewerkschaftshaus, auch in Mannheim, Nürnberg, ja selbst in München und Hamburg besteht noch kein Gewerkschaftshaus. In Worms wurde allerdings ein solches mit Unterstützung einer Brauerei gegründet, weil der Terrorismus der Unternehmer die Arbeiter obdachlos gemacht hatte. Aber Herr v. Hehl sorgt dafür, daß keiner seiner Arbeiter etwa wage, in das Gewerkschaftshaus zu gehen. (Hört, hört! b. d. Soziald.) Seine Arbeiter werden überall kontrolliert, wie sie auch keine sozialdemokratischen Zeitungen lesen dürfen. Herr v. Hehl sagt, er sei für den kollektiven Arbeitsvertrag, der seinem Parteifreund Deumer ein Greuel ist. Aber der Tarifvertrag der Buchdrucker, auf den er als Muster hinweist, ist von dieser Gewerkschaft erst nach harten Kämpfen den Unternehmern abgerungen worden. (Sehr richtig! b. d. Soziald.) Warum haben die Lederarbeiter keinen Tarifvertrag? (Heiterkeit) Weil ihre Organisation noch zu schwach ist gegenüber den großen Unternehmern. Herrn v. Hehl sind eine Reihe arger Unrichtigkeiten nach-

gewiesen. Falsch waren seine Behauptungen über die Auf-
lösung des Internationalen Komitees, über den Ulrich'schen
Steuerentwurf, über unsere Stellung zum Wucherergesetz,
aber die Erklärungen Willersand's, über den Finanzminister
Ernst usw. Wird er nun loyal genug sein, diese Irrtümer
in seinem Blatt, der „Wormser Zig.“ zu berichtigen? Dieses
Blatt zeichnet sich durch Angriffe niedrigster Art gegen uns
aus. Es spricht mit Vorliebe von den „Führern, die sich
von Arbeitergroßmännern“ es erzählt von der Bebel'schen
Villa und dem Bollmar'schen Schloß. Dieses Schloß
ist ein bescheidenes Schweizerhäuschen, das sich Bollmar,
ein kunstfertiger und geschickter Mann, selbst ausgemacht
hat. Die Bebel'sche Villa ist ein einfaches Landhaus
und niemand gönnt die Arbeiter lieber als Bebel, wenn
er sich von harter Arbeit zur Pflege seiner Gesundheit aus-
ruht. (Lebhafte Beifall.) Daß aber Herr v. Heyl, der
dreifache Schloßherr, der dreifache Millionär, die Bebel'sche
Villa anspricht, ist eine Art, zu deren Charakterisierung
mir der parlamentarische Ausdruck fehlt. (Zustimmung.)
Nun zum Abg. Erberger. In meinem Buch wende ich
mich gegen die Theorie von Marx über die Konzentration
der landwirtschaftlichen Betriebe. Marx war ein Großer,
ein Bahnbrecher, aber er war uns kein Papst. Wir haben
keinen wie Sie, (zum Zentrum, Ruße rechts: Singer!
Kautsky! Heiterkeit) für uns ist die wissenschaftliche
Forschung die einzige Erkenntnisquelle. (Sehr gut! h. d. Soz.)
Lachen im Zentrum und rechts.) Deshalb treten bei
uns auch naturgemäß Meinungsverschiedenheiten auf, wir
müßten ja sonst geistige Krötzel sein. (Abg. Bebel: Sehr
richtig!) Die Aufgaben, die die Sozialdemokratie sich stellt,
sind so gewaltig, daß kein Einzelner und mag es der
Mächtigste sein, es wagen darf, für seine Auffassung die ab-
solute Wahrheit zu beanspruchen. (Abg. Bebel: Sehr
richtig!) Treten neue Aufgaben auf, mit denen alte An-
schauungen sich nicht mehr vereinigen lassen, dann geben
wir diesen Anschauungen den Abschied. (Ruße h. d. Natl.:
Aber der Parteitag!) Ganz richtig, daß bei der Parteitag,
sobald die große Mehrheit der Partei sich zu derselben
Auffassung durchgerungen hat. Wenn Sie glauben, mit
dem Nachweis von Meinungsverschiedenheiten bei uns auch
nur das geringste gegen die große, gewaltige und gerechte
Sache, die die Sozialdemokratie verfolgt, vorgebracht zu
haben, da täuschen Sie sich sehr. (Abg. Bebel: Sehr
richtig!) Auch das entsetzliche Christentum erlebte jahr-
hundertlang Kämpfe in seinem Schoß. In der Reforma-
tion waren drei Strömungen vorhanden. Wenn da
ein weißer Reichstangler gesagt hätte: Auch die Herren
von der Reformation sind ja selbst unter sich uneinig, das
sieht man, wie töricht das Ganze ist! so wäre das doch
ein sehr kurzschichtiger Reichstangler gewesen. (Sehr richtig!
h. d. Soz.) In allen praktischen Fragen sind wir einig.
In den Zentrumsfragen wird von der Sozial-
demokratie erzählt, daß sie den Bauern ihr Eigentum kon-
servieren wolle. In den Erklärungen von Kautsky und
Schönlank zum Erfurter Programm steht, daß die kapitalistische
Entwicklung den Besitzern der Kleinbetriebe mehr
und mehr das Eigentum an den Produktionsmitteln
nimmt. Gehen Sie doch nach Worms! (Große Heiterkeit.)
Wie viele kleine Gerber giebt es da noch, wie viele Klein-
bauern sind durch die Schaffung des großen Hagl'schen
Rittergutkomplexes enteignet worden! (Abg. Camp: Und
wo bleibt das Endziel?) Ueber das Endziel können wir
uns ja bei Gelegenheit unterhalten, heut ist mir die Zeit
zu knapp. (Heiterkeit.) Bernheim hat nicht gesagt, das
Endziel sei ihm nichts, sondern das, was man gemein hier
Endziel nennt, und im Zusammenhang bedeutet das nur,
daß das Erwerben eines für und jetzigen Zukunftsstaates
ihm nichts sei und das organische Wachsen und Werden
der neuen Gesellschaft alles. Im Grund sind wir einig,
das könnte Ihnen ja passen, Herr Erberger, wenn wir
die Arbeiter auf den Zukunftsstaat vorbereiten, das wäre
die Methode, die Sie beabsichtigen haben. (Sehr richtig!
bei den Sozialdemokraten, Widerspruch im Zentrum.)
Sie haben die Arbeiter abgepeist mit der Hoffnung auf
den Zukunftsstaat im Jenfeld. Ich will niemand den
Glauben daran nehmen, aber wir erheben die For-
derung, daß es auch im Jenfeld den Arbeitern
gut geht. (Zuruf im Zentrum: Wir auch!) Sie haben
noch aber lange Zeit dazu gelassen, jahrhundertlang, bis
zum Ausbruch der Sozialdemokratie. Bischof Korman aus
Lier hat 1889 auf einem Kongreß katholischer Sozial-
reformer in Brüssel erklärt: die zur Debatte stehenden (so-
zialpolitischen) Fragen haben wir nicht freiwillig auf die Tages-
ordnung gestellt, die sozialistische Bewegung hat uns dazu
gezwungen. (Hört! hört! h. d. Soz.) Daß wir der aus-
schlaggebende Faktor für die ganze Sozialreform gewesen
sind, erheben Sie auch daraus, daß die Sozialdemokratie
von Wahl zu Wahl zu immer gewaltigerer Macht ange-
schwollen ist. Der Stimmzettel der Hunderttausende ist die
Antwort auf die Zentrumbehauptung, daß die Sozial-
demokratie nichts getan habe für die wertvolle Bevölle-
rung. (Sehr gut! h. d. Soz.) Bebel und Sterns In-
haltungsblätter sollen von einer äppigen Phantasie
zergen, aber Leute, die in vornehmen Hotels wohnen und
essen, was ihnen schmeckt, kann man doch heute schon alle
Tage sehen. Das ist nicht Phantasie, sondern Tatsache,
allerdings nur für eine Minderheit. Sollen wir den Ar-
beitern unsere Ziele klar machen, so müssen wir auf diese
Tatsachen hinweisen und sagen, wir streben danach, aber
für alle. (Lebh. Zustimmung h. d. Soz.) Redner geht auf
das Verhältnis zwischen Kautsky und Lenin näher ein.
Bismarck'sche von Rob gesprochen hat, so hat er die
inzwischen Tatsache gesehen, daß die Partei des Volkes sich
in durchaus unabweisbarer Lage befindet, und daß sie auch
die Partei der Unterdrückten habe. Aber aber ist Schuld
daran? Sie (zum Zentrum), die Sie dem Arbeiter die
Schule verschaffen, Sie (den Sozial.), die Sie ihn von der
notwendigen Verwaltung fernhalten. Redner beruft sich auf
Christus, der gesagt hat, wir werden immer Arme haben.
Für jene Zeit war das richtig. Heute aber ist das tech-
nische Problem der Wohlfahrt für alle gelöst. Der Reichs-
tagler wartet was wir, wir wollen die Arme abhelfen,
aber die ganze Landbevölkerung der Reichstags gibt ja darauf
hin. (Sehr gut! h. d. Soz.) Christus hat den Reichen die
härtesten Worte gesagt. Er war durchsichtig, wenn Sie
ihn genau anschauen, ein Feind der Gerechtigkeit
und Bekehrten. Er war ein Selbstzwecker, ein Selbst-
verächter. Seine Grundanschauung ist die der heutigen
Sozialdemokratie: Das Recht jedes Menschen auf ein
menschenwürdiges Dasein. (Große Unruhe und Applaus!
rechts und im Zentrum.) Sie selber kämpfen den kapitalis-
tischen Klassenkampf. Und wenn einmal ein Großherzog
auch nur den Segen erteilt, als wolle er der proletari-
schen Menschheit möglichst näher treten, wenn er zur
Bekehrung in das Dasein für die Heillosen geht, dann
kommen die Schatzkammerherren mit den schwersten Be-
weisen gegen diesen Fürsten. Das ist ja Terrorismus!
Wir haben den Klassenkampf als Haupt- und Nebensache
nicht für eine ewige Sache, sondern im Interesse aller,
auch der heute Bekehrten. Wir wollen einen Selbstzwecker aus
jedem christlichen Reichstagsler. Der Reichstagsler der
jetzigen Zeit ist ein Mann, der, daß niemand einen
anderen Menschen nur als Mittel zum Zweck gebrauchen
darf. Er verlangt beständig diese Aufklärung, wir se-

gegen wollen den Selbstwert aller Menschen zur Aner-
kennung bringen, daß das Massensend verschwin-
det. Ein zukünftiger Geschichtsschreiber wird hell aufschlagen,
wenn er sieht, mit was für Mitteln Sie die größte Kultur-
bewegung der Geschichte, die Sozialdemokratie, bekämpft
haben. Er wird herlich lachen, und wir lachen schon heute
mit. (Lebh. Beifall h. d. Sozdem.)
Herr Heyl zu Herrnsheim (N.) erklärt zunächst
im Namen seiner Fraktion, daß sie mit dem Artikel der
nationalliberalen „Donaubrader Zeitung“, der die Sozial-
demokratie lobte (Zuruf h. d. Sozdem.: Vor der Stichwahl!),
in keiner Weise einverstanden sei. Bedauerlich waren die
Zeitungsartikel gegen den Großherzog von Hessen, weil er
in einer Herberge die Wanderer, die übrigens gar nicht
zur Sozialdemokratie gehören (Heiterkeit h. d. Nationallib.),
mit seiner Gegenwart ausgezeichnet hat. Er hat als
oberster Landesbischof diesen Besuch gemacht. Auch im
Verkehr mit seinen Abgeordneten macht der Großherzog
deshalb keinen Unterschied, weil alle den Treueid geleistet
haben. (Lärmende Ruße: Hört! Hört! bei der Mehrheit.)
Auch die Herren David und Ulrich haben diesen Eid ge-
schworen, wir haben also in Hessen eine monarchische
Richtung der Sozialdemokratie. (Gelächter h. d. Sozdem.)
Christus würde gegen diejenigen, die den Klassenkampf und
Klassenkampf in so unerhörter Weise propagieren, mit dem
Schwerte drohen. (Lebh. Zustimmung h. d. National-
liberalen u. rechts; große Unruhe h. d. Sozialdemokraten.)
Die Unruhe ist ein Zeichen Ihrer Unzulänglichkeit. (Stürm.
Zustimmung h. den Nationalliberalen und rechts, erneute
Unruhe h. den Sozialdemokraten.) Die einzige Erklärung
des Grafen Posadowsky über die Berufsvereine mag mehr,
als alle sozialdemokratischen Reden der letzten Wochen.
(Unruhe bei d. Sozialdemokraten.) Warum gründen Sie,
statt das Geld für Streiks auszugeben, nicht Produktions-
genossenschaften, nicht Textilfabriken und ernähren die Ar-
beiter? (Oha! h. d. Sozialdemokraten.) So ist die Sozial-
demokratie ein Kleingewicht für die industrielle Entwicklung
des deutschen Landes. Die Willersand'schen Reden habe ich
persönlich studiert. Nach Lyon habe ich einen Abgeordneten
geschickt und der hat festgestellt, daß dort ein sozialdemo-
kratischer Bürgermeister mit der sozialdemokratischen Mehr-
heit das Altklo abgeschafft und eine ungeheuerliche Steuer-
steuer auch auf kleine Wohnungen gelegt hat. Redner hält
seine Ausführungen über die Steuerfala des Herrn
Ulrich aufrecht. Artikel 1 des Wucherergesetzes wurde 1893
von der Sozialdemokratie nur mit 1 Stimme des Abg.
Muer angenommen, weil alle andern Sozialdemokraten
unentschieden geblieben. Ein wichtiger weiterer Artikel
wurde von der Sozialdemokratie einstimmig abgelehnt.
(Hört! Hört! bei den Nationalliberalen und rechts.) Man
hält sich immer gewisse Hinterthüren offen, hier ist es der
Abg. Muer gewesen. Der sozialdemokratische Finanzminister
Graß hat sich durch seine Maßnahmen der Bevölkerung
gegenüber in eine sehr bedenkliche Lage gebracht. Er hat
eine Mannsteuer eingeführt von 3 Francs für jeden Mann
über 20 Jahre und von 6 Francs für jeden Wander-
arbeiter, der durch den Kanton Zürich durchzieht.
(Hört! Hört! bei den Nationalliberalen und rechts.)
Ich habe nie daran gedacht, es zu verhindern, daß den
Arbeitern Lote zur Verfügung gestellt werden. Warum
sollte ich es verhindern, daß Dr. David eine Rede hält, aus
der jeder verständige Mensch den Eindruck empfängt, daß
man mit seinen Anschauungen keine praktische Politik
treiben kann. (Heiterkeit und Sehr gut! h. d. Natlib.) Ich
habe von meinen Ausführungen nichts zurückzunehmen,
umsoweniger, als Herr Dr. David die Absicht hatte, mich
in meinem Wahlkreis als einen Mann von zweifelhafter
Güte hinzustellen.
Korjantj (Pole): Der Staatssekretär hat mich nach
meiner letzten Rede mit Phrasen abgepeist —
Vizepräsident Graf Stolberg: Ich habe nicht
genau verstanden; sagten Sie „mit Fragen“ oder „mit
Phrasen“?
Korjantj: Mit Phrasen!
Vizepräsident Graf Stolberg: Dieser Ausdruck ist
unzulässig.
Korjantj (fortfahrend): Es giebt keine großpolnische
Gesahr, wir kämpfen aber für die Erhaltung unserer
Sitten und Sprache. Freilich, manchen Herren wäre es
vielleicht ganz recht, wenn eine großpolnische Agitation
ergründe.
Staatssekretär Graf Posadowsky protestiert gegen
das Wort „Phrasen“, das der Redner gebraucht habe.
Ein solcher Ton mindere das Ansehen des Parlamentarismus
herab.
Stille (SD): Ich muß hier über die Handhabung
des Vereins- und Versammlungswesens in Sachen-Altens-
burg klagen; man verbietet meine Versammlungen,
weil ich unruhig sein soll, die ganze Bevölkerung aufzu-
wecken. (Heiterkeit.) In Sachen werden die Versammlungen
mit der wertwürdigsten Begründung verboten. In
einem jüngsten Wahlkreis sind bei der Hauptwahl allein
23 Versammlungen verboten worden. Dieser Saal hier
dürfte in Chemnitz nicht zu Versammlungen benutzt wer-
den. (Heiterkeit.) Einem Gastwirt, bei dem eine sozial-
demokratische Versammlung stattfand, wurde verboten, sein
Wirtshaus „Zum deutschen Kaiser“ zu nennen; vielleicht
nennt er es „Zum dinesisch-sächsischen Zopf“. (Heiterkeit.)
Sogar die Sammlung für die Krimmischauer Weber-
kinder zu Weihnachten ist in Altensburg verboten worden.
Wir werden nicht ruhen, bis ein freies Reichs-
Bereins- und Versammlungsrecht geschaffen ist. (Bravo!
h. d. Soz.)
Sächsisch-Altensburger Staatsminister v. Borries:
Die Ausführungen des Herrn Redners gehörten in den
Altensburger Landtag. Unser Vereinsrecht ist nicht
schlechter als das anderer Staaten und wird nicht ein-
seitig gegen die Sozialdemokratie angewandt. Davon, daß
Herr Stille kein antireligiöser Redner ist, habe ich mich
heute überzeugt. (Heiterkeit.) Das Verbot der Sammlung
für die Weberkinder in Krimmischau war erfolgt, weil bei
einer Besichtigung gesammelt werden sollte, die von den
Bürgern in Krimmischau keine positive Kenntnis haben
konnte.
Sächsischer Geheimrat Dr. Fischer: Ich habe mein
Wort gegeben, auf jährliche Versammlungsverbote hier
nicht mehr einzugehen, und ein ehrlicher Mann hält sein
Wort. (Heiterkeit.) Dies nur zur Aufklärung für Herrn
Stille, der in den Reichstag noch neu ist.
Der Präsident ruft nachher die sozialdemo-
kratischen Abgeordneten Sindermann, Horn, Stadt-
hagen und Sachs auf, die aber nicht anwesend sind,
da es schon 7 1/2 Uhr ist.
Der nächste Redner, Abg. Stille, beantragt Ver-
sagung für die jedoch nur die Sozialdemokraten und Frei-
wühler kommen.
Es tritt eine längere Pause, bis der Abg. Stille
sein Wort auspricht. Unter großer Unruhe und Heiterkeit
der Redner beendet er sein Material langsam auf der
Rednertribüne aus.
Stille (SD): Ich würde meine heiligste Pflicht ver-
lehen, wenn ich die Angelegenheit des Krimmischauer weber-
kinder vom Bundesrat zurück und aus dem Hause uner-
widert ließe. Allen Behauptungen des Geheimrats Dr.

Fischer stehen die des gleich hochgestellten Prof. Böhmert
gegenüber; nur für Dr. Fischer gilt: „Social Worte, soviel
Unrichtigkeiten. Ich will hier Rechenschaft ablegen und
fordern, und wenn man es mir auch ersichert, es soll
eine Generalabrechnung werden! (Sehr gut! h. d. Soz.)
Leichter hat Geheimrat Fischer hier seine Anklagen er-
hoben. (Dr. Fischer wendet sich um Schuß an den Präsi-
denten, der ein Eingreifen ablehnt.) Der Terrorismus
der Arbeitgeber ist viel schlimmer als der der Arbeiter,
aber gegen die Arbeitgeber hat Dr. Fischer kein Wort ge-
sagt. (Abg. Fischer-Berlin: Das hat er nicht gesagt!)
Eine Tritotagenfabrik hat man durch eine Konventionalk-
strafe von 10 000 Mk. zwingen wollen, ihre Arbeiter aus-
zusperren, ihr das Wasser, die Kohlenlieferung entzogen!
Ist das kein Terrorismus?! In den Fabriken Krimmit-
schau sind nicht mehr die Unternehmer „Herr im Hause“,
sondern Kommerzienrat Bogel-Chemnitz. Die Arbeiter
werden vom Amtsgericht in Krimmischau und vom Land-
gericht in Zwickau zu exorbitanten Strafen verurteilt.
Aber-Fabrikantensöhne, die einen Gendarmen mit Stangen
zu Boden schlagen und erst durch Arbeiter überwältigt
wurden, kommen mit Geldstrafen davon. Das ist kein
Recht mehr in Sachen, das ist die schlimmste Klassenjustiz!
(Sehr richtig! h. d. Soz.) Die Löhne in Krimmischau
wurden von Dr. Fischer und dem Abg. Graß als geringlich
bezeichnet. Nach der amtlichen Einkommensteuerstatistik
haben 5400 Personen in Krimmischau noch nicht 800 Mk.
Einkommen. Dagegen gibt es in der Klasse mit
30 000 Mark Einkommen in Krimmischau noch drei-
undzwanzig Besitzten. Und diese Fabrikanten wären ruiniert,
wenn sie die Arbeitszeit auf 10 Stunden ermäßigt hätten!
Die Sozialdemokratie hat mit dem Ausbruch des Streiks
nichts zu tun. Die Fabrikanten benutzten die Sparkassen-
einlagen der Arbeiter, von denen sie als Mitglied der
Sparkassendeputation Kenntnis erhalten, um diesen die
Löhne zu kürzen! (Hört, hört! h. d. Soz.) Zahlreiche
bürgerliche Sozialpolitiker sind auf Seite der Arbeiter in
Krimmischau gestanden. Den moralischen Sieg haben
diese Arbeiter jedenfalls errungen. Mag auch das Unter-
nehmertum mit Hilfe der sächsischen Behörden und Gena-
darmen triumphieren. (Lebh. Beif. h. d. Soz.)
Sächsischer Geheimrat Dr. Fischer: Herr Stille
sagte, auch die Unternehmer hätten den Streik geschürt.
Es war nicht meine Aufgabe, die Unternehmer zu kritisieren,
ich hatte nur die Behauptung des Herrn Bebel zurück-
zuweisen, als ob die Arbeiter sich ganz einwandfrei be-
nommen hätten. Daß auch Fabrikantensöhne gestündigt
haben, gebe ich gern zu.
Stille (SD) führt eine Fülle von Fällen an unter
Namensnennung der Fabrikanten und Beamten, in denen
die Arbeiter in brutaler Weise verhöhnt worden sind. Wenn
die hungernden Arbeiter um Arbeit ansprachen, wurden
sie an die Streikkasse gewiesen. Der Verband der Textil-
fabrikanten läßt jetzt einen unerhörten Terrorismus auf
die Krimmischauer Fabrikanten aus. Hier sollte der § 153
der Gewerbeordnung gegen die Fabrikanten angewandt
werden! (Bravo! h. d. Soz.)
Damit schließt die Diskussion.
Verständlich bemerkt
David (SD): Die Skala, die jetzt Ulrich in die
Schuhe geschoben wird, rührt von dem heftigen Finanz-
minister her. Das starke Stück ist also nicht auf meiner
Seite, sondern auf der Seite des Herrn v. Heyl.
Präsident Graf Ballestrem: Sie haben sich nur
damit zu beschäftigen, ob das starke Stück auf Ihrer Seite
ist. (Große Heiterkeit.)
David (fortfahrend): Wenn Herr v. Heyl seine Be-
hauptungen über den Inhalt der Vorrede des Willersand'schen
Buches aufrechterhalten sollte, dann würde das
nichts anderes als eine Lüge sein. (Sehr richtig! bei
den Soz.)
Präsident Graf Ballestrem: Die konditionelle
Form des letzten Satzes rettet Sie allein vor dem Ord-
nungsrufe. (Heiterkeit.)
Murm (SD): Unser Arbeitskammerantrag ist nicht
wegen seines „ungeheuerlichen Inhalts“ abgelehnt, sondern
weil die Mehrheit anderer Ansicht war als wir.
Bebel (SD): Ich habe in Worms den Bauern
nicht geraten, Herrn v. Heyl sein Land abzunehmen und
zu bewirtschaften. Ich habe ausgeführt: Herr v. Heyl be-
zeichnet uns als Revolutionäre, die den Leuten ihr Eigen-
tum abnehmen wollten. Herr v. Heyl aber ist einer der
größten Revolutionäre, indem er die kleinen Bauerngüter
aufkaufe. Einem Tages würden freilich umgekehrt die
jetzigen Expropriateure expropriert werden.
Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Fortsetzung der Staats-
beratung.
Schluß 7 1/2 Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Den Landarbeitern kommt Hilfe. Daß die Land-
arbeiter in Preußen-Deutschland in absehbarer Zeit das
Koalitionsrecht erhalten, was sie in allen Kulturstaaten längst
besitzen, erscheint leider ausgeschlossen. Dagegen winkt ihnen
von anderswo Hilfe, glücklicherweise von einer Seite, wo
das preussische Junkertum keinen hemmenden Einfluß aus-
üben kann, nämlich vom Auslande. Den Hauptdruck
auf unsere Landarbeiter übten bisher die ausländischen Ar-
beiter aus. Unsere Junker haben jährlich 150 bis 200 000
russische, 50 bis 60 000 galizische und 10 bis 20 000 andere
ausländische Arbeiter herangezogen und damit die Löhne der
heimischen Arbeiter gedrückt. Diese Quelle wird künftig nicht
mehr so reichlich fließen. Es waren interessante Enthüllun-
gen, die in dieser Beziehung Freitag im preussischen Landes-
ökonomiel collegium gemacht wurden. Bereits im letzten Herbst
ist es sehr an russischen Arbeitern gemangelt. Die russischen
Großgrundbesitzer haben sich bitter beklagt über den Arbeiter-
mangel, der ihnen durch die Auswanderung verurteilt wird.
Infolgedessen hat die russische Regierung beschlossen, bei der
Anstellung von Auslandsrussen viel mehr Schwierigkeiten
zu machen als bisher. Ferner wird auch Galizien sich etwas
mehr auf die Hinterbeine stellen. Im galizischen Landtag
hat man sich bitter beschwert über die schlechte Behandlung,
die die Galizier auf den preussischen Gutshöfen zu erleiden
hätten. Dem will man künftig vorbeugen. Doch nicht nur
aus Idealismus, sondern um die heimischen Arbeiter nicht
zu dünn werden zu lassen, will man in Galizien die Aus-
wanderung unter staatliche Kontrolle stellen. Erstens sollen
in jeder galizischen Stadt kommunale Arbeitsnachweise ein-
gerichtet werden. Man könne, wie Galizien aus voran-
schreitet! Ferner soll die Auswanderung durch die Pro-
vintzialregierung geleitet werden. Die Auswanderungs-
zentrale in Lemberg soll den Agenten scharf auf die Finger
sehen und nur noch staatlich konzessionierte Agenten zulassen.
Die Agenten sollen dann gewisse Verpflichtungen übernehmen
bezüglich der Unterbringung und Behandlung der auswan-

bernden Arbeiter. Unsere Junker befinden sich in heller Angst, das ihnen dann der Bezug billiger gallischer Arbeitskräfte bedeutend erschwert werden könnte. Im Landesökonomikollegium war man noch durchaus ratlos, in welcher Weise man den von Galizien und Rußland aus drohenden Gefahren begegnen könnte.

Das Ruffektreiben gegen Naumann wegen der Veröffentlichung des „Fabrikantenliedes“ wird von den eigenen „Parteigenossen“ Naumanns eifrig fortgesetzt. Am Donnerstag hat der Abgeordnete Brömel von der Freisinnigen Vereinigung im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt, er beklage es tief, daß Herr Naumann „in fanatischer Weise und in demagogischem Klaffenhaß predigt.“ Er behaupte es um so mehr, als diese Verhöhnung von einem Manne ausgehe, der Mitglied der Freisinnigen Vereinigung geworden ist. Er, Brömel, halte die Politik, die darauf ausgeht, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, für gefährlich und ausfichtslos. Er habe deshalb auch in der eigenen Partei, der Freisinnigen Vereinigung, stets diese Politik bekämpft und werde dies auch ferner tun. Das sind bittere Erfahrungen, die Herr Naumann da über den inneren Kern seiner neuen Parteigenossen machen muß. Er wird wohl bald einschicken müssen, daß die Fusion nur Konfusion geschaffen hat.

Die deutsch-italienischen Handelsvertrags-Verhandlungen. Von offizieller Seite wird aus Rom gemeldet, daß bei den deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen bisher nur die streitigen Hauptpunkte festgestellt wurden. In einigen Tagen werden die Verhandlungen auf längere Zeit unterbrochen werden.

Der Konflikt zwischen Ärzten und Krankenkassen in Köln. Eine von über 1000 Personen besuchte Krankenkassenversammlung beschloß nach sehr erregter Debatte ein Telegramm an den Kaiser abzusenden, worin dieser gebeten wird, eine Million Kassenmitglieder, die durch die Regierungsvorschrift mit ihren Familien den Ärzten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind, zu schützen. In der Versammlung wurde bekannt gegeben, daß den Kölner Ärzten angeblich zur Abfindung der neuen Kollegen 750 000 Mk. zur Verfügung stehen. Letztere seien indessen entschlossen, ungeachtet der behördlichen Anweisung an sie ergangene Aufforderung, ihre Tätigkeit einzustellen, an den übernommenen kontraktlichen Verpflichtungen festzuhalten. Während der Diszussion wurden die anwesenden Ärzte aus dem Saal verwiesen; bald darauf besetzten auch die Vertreter der städtischen und staatlichen Behörden den Saal. — Die Kassenvertreter läßen besser, die Sache möglichst ruhig zu behandeln. Namentlich hatten wir das Telegramm an Wilhelm II., worin dieser zum persönlichen Eingreifen in eine Handlung der Regierung aufgefordert wird, vom verfassungsmäßigen Standpunkte aus, für einen ganz verkehrten Schritt.

Nachrichten der Laurahütter Wahlkrawallprozesse. Die Strafkammer in Weiden (Oberpf.) verurteilte den siebenjährigen Arbeiter Wilhelm Fuhrich aus Laurahütte wegen wissentlichen Meineides zu zwei Jahren Gefängnis. Fuhrich hatte im Laurahütter Wahlkrawallprozess behauptet, daß der damalige Angeklagte Ohmann bei dem Krawall nicht mit Steinen geworfen hätte, während Ohmann selbst zugab, mit Steinen geworfen zu haben.

Das Sündenregister eines Leutnants. Wegen Verleumdung eines Feldwebels, tätlichen Angriffs auf einen Wachthabenden und wegen Trunkenheit im Dienste hatte sich dieser Tage der Leutnant v. Schweinichen vom Königs-Infanterieregiment Nr. 145 vor dem Kriegsgericht in Metz zu verantworten. Die Verhandlung, zu der sechs Offiziere und zwölf Soldaten als Zeugen geladen waren, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit (!) statt. Der Angeklagte wurde zu einem Jahr und einem Monat Festungshaft und zur Dienstentlassung verurteilt.

Der Bergarbeiterstreik in Oberhausen (vergl. heutige Beilage: Streiks und Lohnbewegungen. Red. d. L. Z.) wurde Sonnabendnachmittag bereits beendet, nachdem die Behördenverwaltung sich bereit erklärt haben, die Schichten statt um 1/4 Stunden, nur um 1/2 Stunde zu verlängern. Die Bergarbeiter haben also einen teilweisen Erfolg erzielt. Wieder ein Soldatenhinder. Das Kriegsgericht in Leipzig verurteilte den Feldwebel Krüger vom 139. Infanterieregiment wegen fortgesetzter Soldatenmishandlungen in 37 Fällen zu 1 Jahr Gefängnis und Degradation.

Ein deutsch-japanischer Zwischenfall. Der Kapitän Warnede, Führer des deutschen Dampfers „Helene Widmer“, ist, wie aus Bremerhaven gemeldet wird, in Moji durch die japanische Polizei mit samt seinen Offizieren an Bord verhaftet und an Land eingesperrt worden. Der Grund hierzu war, daß der Kapitän seiner chinesischen Besatzung mit Gewalt das Entweichen vom Schiff verweigert und sie in der Arrestzelle interniert hatte. Der deutsche Konsul in Nagasaki ersuhr indessen bald die Verhaftung der deutschen Offiziere und veranlaßte sofort die Freilassung der Gefangenen. Diese haben nunmehr wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung einen Entschädigungsanspruch von 200 000 Mark bei der zuständigen Behörde angemeldet.

Vom Aufstand der Hereros. Die neuesten Nachrichten aus dem südwestafrikanischen Schutzgebiete stellen die Situation im Norden der Kolonie wieder als recht bedrohlich dar. Der Windhuker Korrespondent der „Kolonialen Zeitschrift“ berichtet in einem Telegramme, das Sonnabendnachmittag in Berlin eingegangen ist: „Die Omaruru-Kompagnie ist von Otahandja über Karibib, wo 200 Mann über zwei Wochen lagen, auf Omaruru gerückt, und hat dies am 4. Februar mit Sturm genommen. Der Widerstand war außerordentlich heftig. Auf deutscher Seite 4 Tote, 7 Vermisste und 13 Verwundete. Die Kompagnie ist jetzt vom Feinde eingeschlossen und ruft 400 Mann mit Geschützen zum Entsch. Der Ersatztransport, der von Swakopmund am 3. Februar abging und am 5. Februar in Windhuk zum Entsch von Sobabis eintraf, wurde sofort zurück zum Entsch Omaruru beordert. Die Ostkolonien hatten ein Geschütz bei Glaweno zu besetzen. Die Lage von Omaruru kennzeichnet die gefährliche Lage des ganzen Nordens der Kolonie. Die Totenliste weist 91 Mann auf. Ver-

mischte über 200.“ Inzwischen ist auch bereits die amtliche Meldung eingelaufen. Aus Swakopmund wird nämlich amtlich gemeldet: „Die Kompagnie Franke braug nach heftigem Kampfe in Omaruru ein. Der Feind erlitt große Verluste. Die Deutschen hatten 6 Tote, 11 Verwundete, 7 werden vermisst. Der Feind schloß Omaruru ein. Morgen, Sonntag, marschieren das Hebißkorps und Eschafkorps Winkler von Karibib nach Omaruru ab. Die Bahn bis Windhuk ist wieder befahrbar.“ Zur Erklärung dieses Kampfes sei bemerkt, daß Omaruru etwa 50 Kilometer nördlich von Karibib liegt. Die Hereros sind also anscheinend noch völlig Herren des nördlich der Eisenbahnlinie liegenden Gebietes. — Zu den durch den Herero-Aufstand Geschädigten gehört auch die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika. Sie hat auf der von den Wilden ausgeraubten Station Grusitz die Ermordung ihres zweiten Beamten Ganshora zu beklagen, dessen Leiche jetzt nach Abzug des Feindes gefunden wurde, während das Vieh zum größten Teil nach Windhuk gerettet werden konnte. Auch die Gebäude in Spitzkopje sind vollständig ausgeraubt und der dort stationierte Auffichtsbeamte Boutsch ist ermordet worden. Das Vieh dagegen wurde noch rechtzeitig nach Haus und Salem in Sicherheit gebracht. — Major Deutwein ist Sonnabend in Port Nolloth eingetroffen. Amtlich wird bekannt gegeben: Nach einer über Kapstadt in Berlin eingetroffenen telegraphischen Meldung des Gouverneurs Deutwein aus Port Nolloth stehen gegenwärtig im Süden Truppenabteilungen in der Gesamtstärke von 300 Gewehren und 4 Geschützen, die vorläufig dort bleiben sollen. Die Mitteilung darf zwar als Bestätigung dafür gelten, daß der Aufstand der Bondelzwarts niedergeworfen ist, sie zeigt aber auch, daß der Gouverneur dem Frieden doch noch nicht ganz traut. Er hat für alle Fälle eine größere Truppenabteilung zurückgelassen, um einem erneuten Ausbruch des Aufstandes der Bondelzwarts vorzubeugen.

Kleine politische Nachrichten. Im Reichstage brachte Gröber (Z.) eine Resolution ein, die Regierung um Einbringung eines Gesetzesentwurfes zu ersuchen, wonach für den durch Automobile herbeigeführten Personen- und Sachschaden der Betriebsunternehmer haftbar sein soll, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Beschädigten verursacht ist. — Wegen des Artikels „Kaiserin-Jel“, der dem Genossen Leid vom „Vorw.“ mehrere Monate Gefängnis einbrachte, ist nunmehr auch gegen den Redakteur des „Volksblatt“ in Halle a. S., unseren Genossen Robert Fette, der den Artikel wiedergegeben, ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. — Die weltliche Ortsvorsteher der Gemeinden Hagen und Beddori, welche wegen ihrer weltlichen Abstammung bei der Landtagswahl von der Wahlbehörde zur Niederlegung ihrer Ämter veranlaßt worden waren, sind bei der Neuwahl von ihren Gemeinden abermals zu Ortsvorstehern gewählt, jedoch von der Regierung nicht bestätigt worden. Die Gemeindegemeinschaften werden inzwischen von den Beigeordneten verwaltet. — Sonnabend früh erschöpfte sich in Danzig in seiner Wohnung der zur kaiserlichen Wacht kommandierte Feuerwerksoberleutnant Hammermeister. Der Grund ist noch unbekannt. — Eine bedeutende Anzahl großer Industrieller in Leipzig und Umgebung hat in den letzten Tagen Vorbegehungen abgehalten zum Zwecke der Errichtung eigener Betriebskrankenkassen, die unabhängig von der Ortskrankenkasse eine leichtere Regelung der Verhältnisse zum Arbeitgeber und Ermöglichung einer Verbilligung der Beiträge für Arbeitgeber und Arbeitnehmer anstreben sollen. — Man glaubt, daß die Revision des Dreyfus-Prozesses bereits am 25. Februar vor dem Kassationshof zur Verhandlung gelangen wird. — Die Untersuchung in Sachen der gemeldeten Gehörlosverweigerung seitens der Mannschaften des in Marseille garnisonierenden Pionier-Bataillons hat ergeben, daß die Forderungen der Soldaten berechtigt waren und es sich um keinen Akt gegen die Disziplin handelt, das Vorgehen der Mannschaften vielmehr nur dazu dienen sollte, die Vorgesetzten auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Eine Verurteilung der Mannschaften wird infolgedessen unterbleiben. — Die bulgarische Sozialbranche nahm das Gesetz an, durch welches der wegen seiner Strenge bekannte Polizeipräsident unter Stambulow, der seiner Zeit zu 6 Jahren Kerker verurteilte Lufanow in die politischen Rechte wieder eingesetzt wird. — Postnachrichten aus Haiti melden, daß der Präsident General Nord bei seinem Besuche in Gonaves eine revolutionäre Verschwörung entdeckte und eine Anzahl Verschwörer erschließen ließ. Die deutschen Einwohner hätten sich, beunruhigt über diese Vorgänge, an den deutschen Admiral gewandt, der die Stadt zu besetzen drohte. Alle Gefangenen sind mit Fingerringen angefüllt. — Die Häfen Guaya, Guanta und Cumana in Venezuela sind für den auswärtigen Handel wieder geöffnet worden. — Zum Bürgerkriege in Uruguay wird aus Montevideo gemeldet: Die politischen Gefangenen auf der Isla de Flores sind freigelassen worden. Der größere Teil ist schon abgereist. Nach einer weiteren Meldung soll Saraino sich wieder nach Norden wenden, und mehrere Abteilungen Regierungstruppen sollen sich bemühen, ihn zu umzingeln.

Oesterreich-Ungarn.

Ueber einen drohenden Werftarbeiter-Aufstand wird aus Budapest gemeldet: Auf der Schiffsbauwerkstatt „Danubius“ wurden 190 Arbeiter wegen Lohnminderungen gemahregelt. Die übrigen Arbeiter, über 2700, erklärten sich darauf mit den Entlassenen solidarisch und forderten die Rücknahme der Entlassung. Am heutigen Montag soll die Streitfrage entschieden werden. — Die Zahl der freikindlichen Tischler ist auf 600 gestiegen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 3. Februar.

Die schmachvolle Niederlage der Wahlrechts-Attentäter in der Bremer Bürgerschaft dürfte eigentlich tief beängstigend auf unsere Lübecker Volksvertreter wirken. Hat doch bekanntlich die Bremische Bürgerschaft es einmütig abgelehnt, dem Lübecker und Hamburger Beispiel auf Einführung der Zensur nach zu folgen. Selbst die Wüter des schmachvollen Vorfalls hatten, soweit sie nicht durch Abwesenheit glänzten, nicht einmal den Mut, für das mit von ihnen ausgeübte Werk einzutreten. In Lübeck da-

gegen entsprach die übergroße Mehrzahl der Bürgerschaftsmitglieder im Dezember 1902 den Forderungen der Wahlrechtsreaktionäre, trotzdem Tausende Lübecker Steuerzahler sich entschieden gegen die Zensurwahl ausgesprochen hatten. Kann es etwas Beschämenderes für unsere hiesigen Stadtväter geben?

Lübeck ist für sie zu klein, nämlich für die „tatsächlich liberale“ „Eisenbahn-Zeitung“. Deshalb haben sich ihre Herausgeber „entgeschlossen, in No 104 eine Zeitschrift zu errichten. Die Abonnentenscheinumsuche in ihrem Lauf halten auch die „Kostöcker „Liberale“ nicht mehr auf!

Ja, wenn! Die „Lübeckischen Anzeigen“ machen ihrem geprehten Herzen über die mangelnde Opferwilligkeit der bürgerlichen Parteien dadurch Luft, daß sie im Anschluß an eine Notiz über „Sozialdemokratische Wahlkriegslisten“ folgenden Klageruf ausstoßen: „Ueber welche Agitationsmittel könnten die bürgerlichen Parteien verfügen, wenn deren besser situierten Elemente auch nur annähernd die gleiche Opferwilligkeit zeigten, wie die organisierten „Genossen“!

Zur Nachahmung empfohlen. Bei Verhandlungen in Strafsachen ist es üblich, daß die Vorstrafen der Angeklagten verlesen werden, selbst wenn die Sachen, für welche die Strafen erkannt sind, mit den zur Anklage stehenden gar keine Verwandtschaft haben und auf das Strafmaß keinen Einfluß ausüben können. Daß es für die Angeklagten, die vielleicht wegen irgend einer Uebertretung oder eines nicht entehrenden Vergehens angeklagt sind, äußerst unangenehm ist, wenn ihnen vorgehalten wird, daß sie vor vielen Jahren wegen irgend eines Delikts vorbestraft sind, liegt auf der Hand, und es muß daher angenehm berühren, wenn ein Gerichtsvorsitzender von der Regel abweicht. Dieses tut, was lobend anzuerkennen ist, der Landgerichtsdirektor Mensching in Altona als Vorsitzender der dortigen Strafkammer I. Es wäre zu wünschen, daß auch die hiesigen Gerichtsvorsitzenden dem Beispiel folgen würden.

Die freie Arztwahl erstreben nunmehr auch die hiesigen Ärzte. Die Vertragskommission derselben hat ein diesbezügliches Gesuch den Krankenkassenvorständen bereits übermittelt. Öffentlich gelingt es in den eingeleiteten Unterhandlungen, diese für die Krankenkassen tief einschneidende Frage zur beiderseitigen Zufriedenheit zu regeln.

Die hiesige Strafkammer bestätigte Sonnabend das schöffengerichtliche Urteil, durch welches vier Pensionsinhaberinnen in Travemünde von der Anklage, ohne polizeiliche Genehmigung an Pensionäre u. Getränke veräußert zu haben, freigesprochen wurden. In den Urteilsgründen der Berufungsinstanz hieß es, daß ein Pensionsbetrieb ohne Verabfolgung von Getränken ganz undenkbar sei.

Dem Jahresbericht der hiesigen Zahlstelle des Verbandes deutscher Mühlenarbeiter ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Jahre 12 Mitglieder- und 1 Extraverammlung abgehalten wurde. Dieselben waren durchschnittlich von 20 Mitgliedern besucht. Neu aufgenommen wurden 31 Kollegen. Einschließlich eines Pensionsbestandes von 158,58 Mk. betrug die Gesamteinnahme im Vorjahre 1316,48 Mk., hiervon erhielt die Hauptkasse 660,83 Mk. Für das laufende Jahr ist in der Lokalkasse ein Pensionsbestand von 159,04 Mk., in der Privatkasse ein solcher von 143,25 Mk. vorgezeichnet. Der Arbeitsnachweis wurde am 1. Oktober 1902 von der „Sonne“ nach H. Fick, Marlesgrube verlegt. Nach der Verlegung überließ anfangs die Nachfrage das Angebot. In der letzten Zeit ist hierin jedoch eine Uenderung eingetreten; dennoch aber haben Kollegen, die ernstlich auf Arbeit reflektierten, solche auch ständig durch den Nachweis erhalten. Das Angebot betrug während der letzten 1/4 Jahre 109, die Nachfrage 102; durch den Nachweis erhielten 52 Kollegen Arbeit. 25 Kollegen wurden von den Arbeitssuchenden für den Verband gewonnen. Der Nachweis erforderte eine Ausgabe von 28 Mk. Von dem Ballüberschuß von 65,20 Mk. wurden 10 Mk. der Partei, 10 Mk. für die Stimmzettelhauer und 10 Mk. für einen alten Kollegen bewilligt.

Der Bürgerausschuß verhandelte am Sonnabend über den am Montag unter Ausschluß der Öffentlichkeit in der Bürgerschaft zu verhandelnden Senatsantrag. Entsprechend dem Wunsche der Senatskommission wurde beschlossen, das Protokoll nicht zu veröffentlichen. — Da scheint es sich ja um eine Angelegenheit zu handeln, die in aller Eile erledigt werden muß.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit erwarben im verfloffenen Monat 33 Personen.

Der Einfluß des Obies auf die Verdauung wird immer noch nicht genügend gewürdigt, und es ist nicht hinreichend bekannt, daß die Obisäure der krankhaften Ablagerung von Salzen im Körper entgegenwirkt. Viele Blüthler können durch reichlichen Genuß von Obst sich schwere Leiden ersparen, besonders auch durch Gebrauch von Zitronensaft. Auch die gerade in der jetzigen Jahreszeit so billigen Apfelsinen sollten von jedermann oft genossen werden. Melonensalzen und Kranke mögen aber nur den Saft der Apfelsine zu sich nehmen, nicht aber das Fleisch, da dasselbe unverdaulich ist und den Darmkanal reizt.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Am Dienstagabend findet das Stiftungsfest statt. Das reichhaltige künstlerische Vortragsprogramm, welches uns vorliegt, verspricht einen schönen Verlauf des Abends. Karten sind zu entnehmen bei Herrn Grünau, Breitestr. 24, Herrn Ratke, Mühlenstr., Herrn Weiland, Königsstr. und den Vereinsboten Herrn Brammer, Gartenstraße 46 und Herrn Niebuhr, Schützenstr. 31. Da an der Abendkasse erhöhte Preise gelten, empfiehlt es sich, vorher die Karten an den Verkaufsstellen zu entnehmen.

Bekanntlich sind vom Stadt- und Landamte die in Dissa zum Gemeindevorsteher resp. Gemeinderatsmitglied erwählten Privatmann M. D. Hennings resp. Altenfelder G. F. Wehde.

Achtung, Binnere! Ueber die Firma Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau, vorm. Gebr. Hefmann, (Bahnhofsbau), ist die Sperre verhängt worden.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Maurergeselle aus Gark a. D., der seitens der königlichen Staatsanwaltschaft in Kiel wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Sachbeschädigung steckbrieflich verfolgt wird. — Ein hiesiger Gastwirt und Getreidehändler brachte zur Anzeige, daß ihm am Sonnabend, den 6. d. Mts., abends gegen 7 Uhr, auf dem sogenannten Produktenstrang 1 Saß mit etwa 81 Kg. Hafer abhanden gekommen und wahrscheinlich gestohlen sei. Der Saß war gezeichnet „C. Gallie, Daffow“. Am Donnerstag, den 4. d. Mts., wurde einem hiesigen Fuhrmann von seinem Wagen, auf der Fahrt vom Gütergruppen des hiesigen Bahnhofes bis zur Braunkirke eine 15 Zentimeter im Quadrat messende Kiste mit Maggikapseln im Werte von 20 Mk. vermutlich gestohlen. Die Kiste ist gezeichnet 15866.

Wortung. In einer von etwa Hundert Personen besuchten Volksversammlung.

Letzte Nachrichten.

Nordhausen. Infolge einer Koblengasvergiftung ist in Schlade am Harz die gesamte Familie Schmeltzopf schwer erkrankt; drei Personen sind bereits gestorben.

Köln. Eisenbahnattentat. In der Nacht zum Sonnabend wurden in der Nähe der oberrheinischen Station Sinzig schwere Steine auf das Bahngelände geworfen, jedoch die Maschine des nachts um 1 Uhr rheinwärts fahrenden Blüthenzuges schwer beschädigt wurde. Die Zylinderhälfte und die Schienenräume wurden zertrümmert. Auch bei Niederbreisig hatte man einen Anschlag auf den Nachtzug geplant. Glücklicherweise wurde er vereitelt. Die Behörde fahndet eifrig auf die Attentäter.

Mannheim. Genidstarre. Beim Pionierbataillon in Nebl ist die Genidstarre aufgetreten. Es sind mehrere Erkrankungen vorgekommen und etwa 50 Mann als verdächtig in Isolierräumen untergebracht.

Brag. Mordmord aus Habsucht. In Triltsch in Böhmen wurde der 80jährige Häusler Jarisch in seiner Wohnung ermordet und beraubt aufgefunden. Als der Tatverdächtige ist der 40jährige Sohn Jarisch verhaftet worden, welcher anscheinend durch das Verbrechen in den Besitz des väterlichen Vermögens gelangen wollte.

Budapest. Erdbeben. In Keszdi-Basarhely im Haremszeker Komitat wurden Sonnabend früh gegen 4 Uhr drei starke Erdbeben verspürt, welchen alsbald vier schwächere folgten. Die Bevölkerung sprang, in Schrecken versetzt, aus den Betten. Es wurde indessen nur unbedeutender Schaden angerichtet. Auch in Kronstadt wurde eine Erdrerschütterung wahrgenommen.

Rom. Wegen Gefangenhaltung ihrer eigenen Schwester im Keller während 16 Jahren wurden zwei Geistesliche, die Brüder Ragone, in einem Orte bei Neapel verhaftet. Die Befreiung ist irrsinnig.

Paris. Bergarbeiterrisiko. In einer Koblengrube bei Bethune stürzte eine Mauer auf einen mit Arbeitern besetzten Fahrstuhl, wobei drei der Arbeiter getötet und die übrigen schwer verletzt wurden.

Caracas. Heftige Erdrerschütterungen wurden, wie erst jetzt gemeldet wird, am 31. Januar am Orinolo und am Golf von Paria wahrgenommen.

Briefkasten.

H. S. Schwartz. Bin leider am kommenden Sonntag verhindert. Vielleicht paßt es am darauffolgenden Sonntag? St.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 6. Februar. Der Schweinehandel verlief ruhig. Zugeschrieben wurden 1440 Stück. Preis: Sengschweine — Mt., Verkaufschweine, schwere 46—47 Mt., leichte 46—47 Mt., Sauen 42—43 Mt. und Ferkel 42—44 Mt. pro 100 Pfund.

Die Sonnabend Abend bei Herrn Schiering tagte, referierte Genosse Stellung-Lübeck über lebhaftem Beifall über die Kolonialpolitik und ihre Folgen.

Die Gemeindevählerlisten liegen am Donnerstag, Freitag und Sonnabend Vormittag von 10—1 Uhr im Gemeindebureau aus.

Niterau. Unter dem Verdachte, umfangreiche Unterschlagungen begangen zu haben, wurden der Knecht und der Geselle des Müllers J. in Untersuchungshaft genommen.

r. Gutin. Ein Arbeitergesangsverein hat sich in Fissa mit 19 aktiven Mitgliedern gebildet. Ein neues Lied in der Kette!

r. Gutin. Vom Gemeinderat. Am Beginn der Sitzung wurden alle im Jahre 1902 fertig gestellten Gebäude zum Hauschoß eingetragt. Der nächste Punkt betraf die Regulierung des Hauschoßes. Sämtliche Gebäude der Stadt sind 1903 seitens einer viergliedrigen Kommission nach Bauwert und Lage eingetragt worden. Um die beim alten Hauschoß erzielten Einnahmen von 9700 Mt. auch nach der neuen Einschätzung zu erreichen, beschloß der Gemeinderat einstimmig, den Hauschoß auf 1,2 Proz. per 1000 Mt. des Bauwertes festzusetzen. Durch diesen Beschluß wird eine gerechtere Heranziehung zum Hauschoß ermöglicht. Kommen doch Fälle vor, wo ein Hausbesitzer für ein neues Haus, das auf einem schon bebauten Grundstück errichtet wird, nach dem alten Modus nur 7 bis 12 Mt. zahlen mußte; jetzt aber hat er 30 Mt. und noch mehr zu zahlen. Dagegen zahlen die Besitzer alter Gebäude, die keinen bedeutenden Wert haben, jetzt nur die Hälfte des früheren Hauschoßes. Die Beratungen des Ortsstatut sind noch nicht zu Ende geführt und behalten wir uns vor, nach Durchberatung desselben, eingehend darauf einzugehen. — In der letzten Sitzung fand eine Eingabe des Herrn Bureauvorstehers Krügerfeldt zur Beratung. Derselbe betraf die Kirchensteuer. Derselbe beruht auf einer am 21. Mai 1878 erfolgten Abweisung der sog. Stollgebühren. In den Jahren 1873 bis 1875 betrug die Kirchensteuer jährlich rund 4700 Mt. für Stadt Gutin, Landgemeinde Gutin und den holsteinischen Teil. Die damals erhobene 4700 Mt. entsprachen 1/3 oder 20 Proz. der damals erhobenen Einkommensteuer. Obwohl durch Gesetz vom 21. Mai 1878 festgesetzt ist, daß die Kirchensteuer 20 Proz. der in den Jahren 1873 bis 1875 gezahlten Einkommensteuer, nämlich obiger 4700 Mt., nicht übersteigen soll, ist bis 1901 eine nach laufenden Markt zählende Summe von der Kirche mehr erhoben worden. Der Vorschlag der Kirche über die Kirchensteuer für 1904 beträgt 9955 Mt., also ein Mehr von 5255 Mt., obwohl die Stadt Gutin für sich alleine nur annähernd 3700 Mt. zu zahlen hätte und die weiteren 1000 Mt. von Land Gutin und dem holsteinischen Gebiet getragen werden sollten. Es wurde beschlossen, den Bureauvorsteher Krügerfeldt zu beauftragen, den Antrag dahin zu formulieren, daß die Stadt bereit wäre, von jetzt an ein Fiktum von 4000 Mt. jährlich als Kirchensteuer zu zahlen. Der letzte Punkt betraf, der Desinfektionszwang auch auf Sterbefälle an Lungenschwindsucht auszudehnen. Der Gemeinderat hat dem diesbezüglichen Antrag zugestimmt, jedoch wünschte Genosse Nebenstorf bei Unbestimmten

die Kosten auf die Stadtkasse zu übernehmen. Die Mitglieder Estorf und Bloed wurden in eine Kommission gewählt, die einen seitens des Stadtmagistrats ausgearbeiteten Entwurf einer Polizeiverordnung, betr. Lagerung von Petroleum und sonstige feuergefährliche Dele, durchberaten soll.

Schönberg. Horrende Preise. Die kürzlich gepflogenen Verhandlungen seitens des Vorstandes mit den Bunsdorfer Grundbesitzern über das zum Bahnbau Schönberg-Dassow benötigte Terrain haben zu einer Einigung nicht geführt; es sollen Preise von 5—14 Mark pro Quadratmeter gefordert sein für den zum Teil gänzlich unbrauchbaren Boden. Es wird demnach bei der maßgebenden Behörde das Enteignungsverfahren beantragt werden.

Ans der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Die Hamburger Zimmerer beschlossen, sich dem Kartell wieder anzuschließen. Sämtliche in der Blechwarenfabrik von J. Müller in Flensburg beschäftigten Klempner und Hilfsarbeiter haben am Freitagabend die Arbeit eingestellt. Grund zu diesem Schritte ist die Verweigerung des Vorlegens eines Akkordbuchs und die Mahregelung eines Klempners. Es sind 11 Personen in den Ausstand getreten. Davon gehören 3 dem Metallarbeiterverband an, 5 dem Gewerkeverein (Kirch-Dundersee-Nichtung) und 3 sind unorganisiert. Zugang ist streng fern zu halten.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Von einem Güterzug erfaßt wurde auf der Strecke Hamburg-Bühlensburg der Rangierer Rudolph. Ihm wurden beide Füße abgefahren. — Während einer Hochzeitsfeier in Bremen belam die junge Frau Streit mit einem Verwandten, der sie mit einem Messer bedrohte. Als die Frau darauf zu einer Feuerzange griff, um sich zu wehren, entzündete unter den Hochzeitsgästen eine allgemeine Keilerei, wobei Flaschen, Gläser und Fensterscheiben in großer Zahl zertrümmert wurden. Schulkleute sorgten dafür, daß endlich die Liebe zu ihrem Recht kam. Der arme junge Ehemann!

Hamburg. Ein Opfer des Berufs. Der 26jährige Assistenzarzt im Allgemeinen Krankenhaus, Dr. Abing aus Rastatt, starb als Opfer seines Berufs an Blutvergiftung, die er sich bei einer Operation zugezogen hatte. — Eine Expedition zum Studium des gelben Fiebers haben hiesige Kaufleute ausgerüstet. Es sollen einige Ärzte unter Anweisung des Direktors Nocht vom hiesigen Institut für Tropenkrankheiten in Südamerika Studien zur Erforschung der Ursachen des gelben Fiebers betreiben. Von der Errichtung einer Freibank ist hier Abstand genommen worden, weil kein Bedürfnis vorliegt.

Neustrelitz. Einen verben Rassenstüber hat der Innungsverband der Maurer- und Zimmermeister des Großherzogtums Mecklenburg-Strelitz (Stargardscher Kreis) von der Handwerkskammer erhalten. Ein Lehrling hatte die praktische Prüfung nicht bestanden, woraus die Handwerkskammer Veranlassung nahm, zu bestimmen, daß die Zahl der Lehrlinge in Zukunft zu beschränken sei, damit eine bessere Ausbildung der Lehrlinge erreicht werde. — Das haben sich die Innungsbräuer jedenfalls auch nicht träumen lassen!

Freundliches Logis zu vermieten
Al Burgstraße 3, 1. Et.

Gesucht ein Tagesmädchen
für häusliche Arbeiten Besoldung 60, 2. E.

Ein unterhaltenes Bett
bis 3/4 zu verkaufen Et. Krenzstr. 12, 2. Et.

2 sehr unterhaltene Herren-Fracks
zu verkaufen
Jann Viereck, Gledungierstraße 59.

Alle Töpfe werden mit neuen Böden versehen und wieder neu emailliert
Engelstraße 81.

Warnung.
Für die Schulden unserer Tochter haften wir nicht.
W. Weissmann

Witello
— bester Ersatz für Meinerbutter. —
per Pfund 80 Pfg.
empfehlen

Reinh. Büsen
Arminstraße 1a.

Das Sarg-Magazin
Friedenstraße 54
iefert
Särge in jeder Preislage
sowie jede Einlebung und Beerdigung.

Achtung!
Fischweien 28, nach Koffer Zentral
Durch günstigen Abgang mit einer Lederkoffer
für ich in der Lage, die Särge für Reparaturen
zu ermöglichen:

Sohlen: für Herren von 1,40 Mt. an
Sohlen: für Damen von 1,00 Mt. an

Abkleb: für Damen 50 und 60 Pfg.
Sohlen-Sohlen und Felle je nach Größe.

— für Herren 40 und 50 Pfg.
— für Damen 30
— für: Herrn Schumann

Fahrad-Haus. H. A. Hill
Verkaufsstelle. Johannisstr. 9.
Geht Spandauerball über.

Mantel, jeder 7 Mt. Mk. 5,50

Achtelstücke, jeder 4 Mt. Mk. 2,80

Centrum Mantel, jeder 10 Mt. Mk. 8,00

Lebhaft und warm, neue Gewebe.
Der Jahrgang, 1 Jahr Garantie, Mt. 5.

Uhren reinigen . 1,50,
Sedern einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrmacher
Aug. Böttner,
Hauptstraße 32.

Der Deutsche Reichstag
1903—1908.
Biographisch-statistisches Handbuch
von
Joseph Kürschner.

Sämtliche Reichstagsabhandlungen
sind nach ihren Photographien abgebildet
Preis 50 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Lütjenburger
Korn - Doppel - Kümmel
per Flasche 60 Pfg.

Lütjenburger alter Korn
per Flasche Mt. 1,00 egl. Flasche
empfehlen

Reinh. Büsen
Arminstraße 1a.

Die Lübecker
Margarine-
Fabrik „Hansa“

J. Schröder & Co.
Rebenhofstraße 7 Telefon Nr. 913
empfehlen Preis 75 Pfg.

Margarine
welche in den meisten Geschäften
zu haben ist

Puls' Universum.
Heute Dienstag den 9. Februar:
Niederholung des
humorist. Weberbrett-Abend.

Kapitel von dem humoristischen Hanswurst
jenseits Dänemarks.
Zur Aufführung gelangen u. a.:

„München in Paris“, „Compost Schindig und
Recht Tadel“, „Lied und Dittchen“.

Eintritt frei. Start à Eckel 15 Pfg.

Magdeburg. Sauer Kohl
Ia. Qualität, empfiehlt
Reinh. Büsen
Arminstraße 1a.

Sterbefälle „Die Vertrauliche“,
Lübeck.

General-Versammlung
am Mittwoch den 10. Februar
abends 8 1/4 Uhr pünktlich
in Kempfers Gesellschaftshaus,
„Bürgerverein“.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht
2. Rechnungsablage
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Wahlen.
5. Antrag des Vorstandes auf Abänderung der
Satzung entsprechend den reichsgesetzlichen
Bestimmungen. — Der Vorstand.

Verein für Gesundheitspflege
und Naturheilkunde
(E. V.)

Stiftungsfest
am Dienstag den 9. Februar
im Kolosseum.
Saalöffnung 7 Uhr.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Konzert
gesangl. u. deklamatorische Vor-
träge u. güt. Mitwirkg. d. Mitgl.
d. h. Stadttheaters, Jrl. E. Bar-
tels u. Herrn Scholz; ferner d. Hrn.
Kapellmtr. L. Jessel und Herrn
Solo. Kapellmtr. Matschke u. d. Kapellmtr.

Ball.
Eintritt f. Mitgl. u. Angeh.: 40
Pfg., Nichtmitgl.: 80 Pfg. Karten
im Vorverkauf bei d. Herren: F.
Grünau, Breitestraße 24; E.
Radtke, Röhrenstr. 11; L. Bram-
mer, Gartenstraße 46; B. Niebuhr,
Schloßstraße 32a; G. Weiland,
Königsstraße 72.
An der Abendkasse erhöhte Preise.

Gr. Fastnachts-Essen
am Mittwoch den 10. Februar.
Anfang Morgens 10 Uhr.
Hierzu ladet erg. ein
Otto Gennburg.

Holzarbeiter-Verband
Ankerordentliche
General-Versammlung
am Dienstag den 9. Februar
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Tages-Ordnung:
1. Beratung des Statuts der Kranken-
Unterstützungs-Kasse.
2. Fragestunde
3. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen erucht
Die Lokalverwaltung.

Circus Variété.
Nur eine Stimme
„Wunderbar“,
so etwas haben wir doch noch nicht ge-
sehen, man muß aber auch die hübsche
Mlle. Marguerite
im Löwenzwinger mit ihren Pracht-
tieren gesehen haben.
Jede Nummer im Programm
ein Schlager.
— Anfang 8 Uhr. —

Stadttheater
7 1/2 Uhr. Dienstag den 9. Februar. 7 1/2 Uhr.
136. Vorstellung. 20. Dienstags-Abend.
Gastspiel des Operetten-Komikers Em. Bing
vom herzogl. Hoftheater Braunschweig.

Rastelbinder.
Operette in 3 Akten von F. Lehár
7 1/2 Uhr. Mittwoch den 10. Februar. 7 1/2 Uhr.

Zapfenstreich.

Opfer der Arbeit.

„Wir sind die Sklaven der Ungeheuer geworden, die unsre eigene Schöpferkraft geboren hat, nämlich der Maschinen. Die Menge des Glüds, das die Maschine in unserm Jahrhundert verursacht hat, läßt sich durch keine Ziffern darstellen, sie übersteigt jede Fassungskraft. Es scheint mir wahrscheinlich, daß unser neunzehntes Jahrhundert die schmerzreichste aller bekannten Zeiten war, und zwar hauptsächlich infolge des plötzlichen Aufschwungs der Maschinen.“

So schrieb der englische Sozialist, der Dichter William Morris vor einigen Jahren — nicht etwa um wie sein Landsmann, der unklare Philantrop Ruskin, nun die Befreiung der Maschine, die Rückkehr zur primitiven Handarbeit zu verlangen, sondern um zu zeigen, zu welchen Widerprüchen die kapitalistische Produktionsweise treibt. Die Maschine, die zur Erleichterung der menschlichen Arbeit dienen könnte, hat in den Händen des Unternehmertums die Bestrafen, die Arbeiter, in nur noch größere Sklaverei gebracht als sie schon vorher bestand, hat Glend auf allen Gebieten des Arbeiterlebens hervorgerufen — noch größere Abhängigkeit des Besitzlosen von den Besitzenden sowie steigende Konkurrenz der Arbeiter, dadurch Verschlechterung ihrer Lebenslage, Krankheit, Siechtum, Schmerzen, frühzeitigen Tod.

Ziffernmäßig läßt sich tatsächlich die ganze Summe dieses Glüds gar nicht fassen, dazu reichen die vorhandenen Statistiken nicht aus. Aber ein Teil dieser Opfer, die das arbeitende Volk dem Moloch Kapital bringen muß, kommt Jahr für Jahr gerade bei uns in Deutschland ziemlich genau zur Kenntnis und soeben ist die neueste Opferliste erschienen: „Der Bericht der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1902 über die Unfälle in Gewerbe und Landwirtschaft.“

Seit 17 Jahren (1886) besteht die Unfallversicherung für die Industrie, seit 15 Jahren für die Landwirtschaft. Mögen auch anfänglich infolge Gesetzesunkennens nicht alle Unfälle zur Anzeige gelangt sein, so doch sicher in den letzten zwölf Jahren, schon durch die unermüdlichen Hinweise der sozialdemokratischen Presse, die seit dem Fall des Ausnahmegerichtes ihre gewaltige Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern auch auf diesem Gebiet verrichtete.

In unheimlicher Weise steigt nun Jahr für Jahr die Zahl der Unfälle nicht allein an und für sich, sondern auch im Verhältnis zur Zahl der Versicherten. Der letzte Bericht für 1902 ergibt für die gewerbliche und landwirtschaftliche Unfallversicherung bei 182 Millionen Versicherten 119 901 Personen die einen entschädigungspflichtigen Unfall erlitten, das sind 628 pro tausend Versicherte, während die Zahl derer, bei denen der Unfall eine höchstens 13wöchige Krankheitsdauer ohne dauernde Schädigung zur Folge hatte, 449 098 beträgt, das ist 246 pro tausend Versicherte. Davon wurden getötet 7842, dauernd völlig erwerbsunfähig 1396, dauernd teilweise erwerbsunfähig 55 264, vorübergehend erwerbsunfähig 55 399 Personen.

Die Gesamtzahl der Opfer steigt unablässig. Vergleichen wir die Zahl der entschädigungspflichtigen Verletzten nur vom Jahre 1890 ab, wo also die gewerbliche Unfallversicherung 4 Jahre, die landwirtschaftliche 2 Jahre in Kraft war, so ergibt sich, daß auf hunderttausend Versicherte kamen: 304, 280, 304, 341, 378, 405, 484, 508, 530, 563, 563, 615, 628, also eine Steigerung von 304 auf 628, auf mehr als das Doppelte.

Betrachten wir die Ziffern der gewerblichen Unfallversicherung für sich allein und zwar vom Jahre 1890 bis 1902, so zeigt sich folgende Reihe: 536, 555, 564, 603, 625, 624, 672, 691, 710, 739, 746, 807 entschädigungspflichtig Verletzter, eine Steigerung um mehr als das Hundertfache. Größer ist diese Zahl in der Landwirtschaft; sie betrug von 1890 bis 1902: 155, 158,

189, 224, 264, 304, 384, 406, 426, 458, 450, 500, 518, also mehr als das Dreifache!

Auffmerksamer ist auf den ersten Blick, daß die Zahl derjenigen, die dauernd völlig erwerbsunfähig wurden, in der Industrie wie in der Landwirtschaft ganz bedeutend sank: in der ersteren ergibt sich von 1886 bis 1902 folgende Ziffernreihe pro hunderttausend Versicherte: 49, 73, 43, 49, 38, 32, 30, 27, 16, 15, 10, 10, 8, 9, 8, 9, 9, wobei besonders auffallend die hohen Ziffern in den ersten Jahren, die konstant niedriger in den letzten Jahren sind, die nur ein Fünftel bis ein Achtel der ersten betragen.

Sind wirklich die Unfälle weniger schwer geworden, so daß weniger Berufstätige zeitweilig völlig erwerbsunfähig wurden?

Die Bobredner der aufsperrnden „Fürsorge der Berufsgenossenschaften“ wollen es glauben machen. In Wirklichkeit ist, wie jeder weiß, der die Rechtsprechung der Schiedsgerichte wie des Reichsversicherungsamtes kennt, nicht die Unfallgefahr weniger furchtbar, sondern die Rechtsprechung wesentlich „milder“ geworden — und die Verzele finden bei verzweifelt viel Unfällen jetzt nur teilweise Erwerbsunfähigkeit, wo die Verletzten sich völlig erwerbsunfähig fühlen. Ist doch auch, genau so wie die Zahl der völlig erwerbsunfähigen sank, die der teilweise gestiegen! Sie betrug in den gewerblichen Berufsgenossenschaften von 1886 bis 1902 pro hunderttausend Versicherte: 109, 211, 238, 270, 327, 342 355 382, 382 357, 353, 352, 354, 358, 358, 380, 376! Und ebenso stieg die Zahl derer, von denen Berufsgenossenschaften und Verzele erklärten, sie seien nur vorübergehend erwerbsunfähig.

In der Landwirtschaft kommt jenes Sinken der als dauernd völlig und das Steigen der dauernd teilweise Erwerbsunfähigen nicht in gleicher Art zum Ausdruck. Als die landwirtschaftliche Unfallversicherung in Kraft trat, hatte man bereits die für die Unternehmer angenehmere Beurteilung der Unfälle gelernt. So stieg denn die Zahl der dauernd völlig Erwerbsunfähigen seit 1888 pro hunderttausend von 1 auf 5, die der teilweise Erwerbsunfähigen von 3 auf 236; gleichzeitig stieg die Zahl der vorübergehend Erwerbsunfähigen von 4 auf 253!

Diese furchtbare Zunahme an Menschenopfern in der Landwirtschaft entspricht der Zunahme der Verwendung von Maschinen und liefert somit einen Beweis für das Steigen des zum landwirtschaftlichen Betriebe erforderlichen Kapitals.

Alles in allem beweist die Liste der Opfer, wie recht Morris darin hat, daß die Verwendung der Maschinen für die Arbeiter ein Steigen des Glüds mit sich brachte. Und da prahlen sich noch Unternehmer und Regierung mit den Opfern, die das Unternehmertum für die Unfallversicherung darbringt!

Gewiß — an und für sich betrachtet erscheint die Summe der von den Unternehmern geleisteten Beiträge groß. Im Jahre 1902 sind einschließlich der zum Reisezweck abgeführten 142 Mill. Mark 128,0 Mill. Mk. für die Unfallentschädigung und Verwaltung ausgegeben worden, an Beiträgen sogar noch 24,6 Mill. Mk. mehr. Aber prüft man, wieviel auf den Kopf jedes Versicherten gezahlt wurde, so ergibt dies nur den winzigen Betrag von 7,17 Mk., mithin pro Arbeitstag 2/3 Pfennige! In der Industrie steigt dieser Betrag auf 13,88 Mk. jährlich, das sind 46 Pfennige täglich, in der Landwirtschaft kommen nur 2,64 Mk. jährlich, das sind nur neunzehntel Pfennig täglich auf einen Arbeiter! Das ist also die vielgenährte Versicherung des Unternehmertums! Und dafür mußten fast 120 000 Menschen den Tod und schwere Verletzungen erleiden und außerdem noch fast 450 000 Personen jene leichteren Unfälle, die zu keinem dauernden Schaden — nach Ansicht der Behörden — führten und innerhalb 13 Wochen ausheilten, aber doch ebenfalls Ströme von Blut und Schmerzen und Sorgen in reichem Maße hervorriefen.

Und wie winzig sind die Entschädigungen der Ver-

unglückten. In Gewerbe und Landwirtschaft kamen im Jahre 1902 auf einen entschädigungsberechtigten Unfall nur 150 81 Mark (in der Industrie 202,45 Mk., in der Landwirtschaft 79,23 Mk.) Dazu kommen noch 21 Mk. Verwaltungsunkosten für jeden Unfall, für jeden Versicherten 54 Bsg.!

Standalwärts gering sind die Ausgaben der Berufsgenossenschaften für die Unfallversicherung durch Ueberwachung der Betriebe. Die gesamte Industrie hat davor im Jahre 1902 nur 831 443 Mk. ausgegeben, die gesamte Landwirtschaft gar nur 15 994 Mk.!

Und daß das Unternehmertum aus freien Stücken weder für genügende Schutzrichtungen sorgt, noch für deren Instandhaltung, dafür geben die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten gar manche Probe. Noch schlimmer aber als jene es seien und melden, ist es in der Wirklichkeit. Sonst wären eben nicht die ständig steigenden Unfallziffern da, das Anwachsen der Berge von Geldlosen und Verfümmelten! Mehr wie eine Million Menschen haben seit Bestehen der Unfallversicherung schwere Verletzungen erlitten, davon 98 692 den Tod! Und mehr wie 4-5 Millionen Menschen sind überhaupt verletzt worden. Hieran trägt nicht nur die gesteigerte Anwendung der Maschinen an sich Schuld, sondern auch die durch jene mit bedingte gesteigerte Intensität der Arbeit, das Hasten und Treiben, das nicht zum wenigsten auch infolge der Alfordarbeit die Arbeiter ins Verderben bringt.

Da bedarf es eben noch eines weit größeren, noch weit machtvolleren Protestes der Arbeiter auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet, um dieses Glend von sich fern zu halten. Die Sklaven müssen sich von den Ketten befreien, durch die sie nicht nur an das Ungeheuer Maschine, sondern auch an das Ungeheuer Kapitalismus gefesselt sind!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Bergarbeiterstreik in Oberhausen wird, nach Meldungen aus Dortmund, sehr ernst. Donnerstag Abend und Freitag früh ist kein Mann angefahren. Die Arbeiter rissen die Laufstege der Kommissuren von den Säulen und fordern in Anschlägen zu einem allgemeinen Streik auf. Nicht mehr lachen, nicht beschwichtigen lassen, heißt es in den Aufrufen. — In der optischen Fabrik von Rodenstock in Reggen (Niederbayern) sind bekanntlich die Arbeiter wegen verschiedener Differenzen in den Streik getreten. Die Fabrikleitung ließ darauf die Fenster des Maschinenhauses mit Brettern vernageln. Drei Gendarmen und ein Polizeidiener stehen vor der Eingangstüre. Auswärtige Gendarmerie ist ebenfalls eingetroffen, obwohl die Streikenden noch nicht den geringsten Anlaß dazu gegeben haben.

Aus Krimmitchau.

Die Gendarmerie ist Donnerstag vollständig wieder aus Krimmitchau zurückgezogen worden, nachdem gleich nach Beendigung des Kampfes eine Verminderung herbeigeführt worden ist. Als sehr rasch und energig erweisen sich die Fabrikanten, die doch sicher ständig die Krache besuchen und das Wort kennen: „Die Krache ist mein!“ Sie fühlen sehr unchristlich jetzt ihr Mitleid an den mit Hilfe der Behörden Nieder gewordenen. Vom Arbeitsnachweis werden die Arbeiter in die Fabriken beordert, um von dort mit den höhnischen Worten: „Für Sie haben wir keine Arbeit!“ wieder fortgeschickt zu werden. Gegen die Organisation kämpfen die Unternehmer mit den geschäftlichsten Mitteln. Sie wollen, wie es scheint, ihren „Sieg“ gründlich ausnützen und auf immer alle Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihres elenden Loses unterdrücken. Aber alles hat seine Grenzen. Die Arbeiter haben jetzt ein Flugblatt verbreitet, in dem als Antwort auf die Maßnahmen die Arbeiter aufgefordert werden, die Augen offenzuhalten und sich eventuell zu neuem Kampf zu rufen. Die Verantwortung für alles weitere falle auf die Unternehmer, die in blindem Haß selbst

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

48. Fortsetzung.

„Die Brosche,“ rief Flora, „blitzt und funkelt wie Diamanten!“

„Habt Ihr Euch denn auch ein paar Epizentlicher mitgebracht?“

„Gewiß, Mama, wir haben gar nichts vergessen, müssen nur noch einiges zurückschicken und können alles umtauschen.“

„Und was kostet das jetzt?“

„Sie mögen's aufschreiben,“ bemerkte Flora kurz angebunden, „das arrangieren wir alles später.“

Der Gegenstand war in der Tat zu unbedeutend, um sich länger damit zu beschäftigen, und die jetzt auf dem Tische ausgebreiteten Sachen nahmen ihre Aufmerksamkeit viel zu sehr in Anspruch. Raschen sie doch besprochen, anprobieren und verglichen werden, und einiges wurde denn auch zum Umtausch zurückgelegt. Es ist schwer, in Toilettesachen Damen vollkommen zu befriedigen. Nachher mußte noch das Kapitel über die Näherinnen weitläufig und ausführlich erörtert werden. Die „Wamsell oben“, wie sich Flora äußerte, war zu vornehm, um in einer andern Familie zu nähen, und wenn sie in demselben Hause wohnte. Das alberne Ding hatte das liebe Brod nicht, aber trotzdem die Nase immer in der Luft — aber man konnte sie nicht entbehren und mußte die Arbeit wenigstens von ihr zuschneiden lassen — ihre Kleider saßen zu gut.

Indessen war es vollständig dunkel und schon lange Sicht angezündet worden und Henriette zeigte eine gewisse Unruhe. Als das Mädchen ins Zimmer kam, um den Tisch zu decken, sagte sie:

„Ich möchte einmal zu der Näherin hinaufgehen, Mama, und noch einiges mit ihr besprechen.“

„Du das, mein Kind,“ sagte die Mutter, „denn es wäre mir sehr lieb, wenn Ihr mit Euren Anzügen bald in Ordnung kämt.“

Henriette war schon im Begriff, hinauszuhuschen, als die Hanna sagte:

„Die ist nicht zu Hause, gnäd' Fräule, sie ging eben fort, wie ich Wasser holte; sie trägt immer abends ihre Arbeit aus.“

„Schädlicher wäre es, das am Tage zu tun,“ bemerkte die Mutter, und Henriette nahm ihre kleine Unterlippe zwischen die Zähne — es schien ihr so unangenehm. Sie sann und sann.

„Ach, Mama,“ sagte sie plötzlich, „ich glaube doch, daß wir die kleinen Ohrringe hätten nehmen sollen — ich möchte sie Dir doch einmal zeigen, damit Du beide mit einander vergleichen kannst.“

„Nun gut, Hettli, dann bringe sie morgen noch einmal mit — das Umtauschen müssen sich die Leute gefallen lassen.“

„Ach, ich springe gleich hinüber,“ sagte Henriette — „es ist ja das zweite Haus von hier, fast unmittelbar neben uns an.“

„Aber, Kind, das hat ja Zeit!“

„Ja, es waren nur noch die drei Paar da, und wenn er indessen eins davon verkauft.“

„Aber, Hettli,“ sagte Flora, „einen ganzen Kasten voll hatte er noch außer denen — weißt Du nicht, es war immer ein halbes Duzend auf einer Karte!“

„Ach, die mein' ich ja gar nicht!“ warf Henriette ärgerlich ein. „Du sollst einmal sehen, Mama, wie hübsch sie sind — ich bin gleich wieder da.“

„Aber, Kind, bei Nacht und Nebel kannst Du doch nicht allein über die Straße gehen, da nimm wenigstens die Hanna mit — begleite sie einmal meine Tochter hinüber zum Kaufmann, Hanna!“

„Aber, beste Mama,“ rief Henriette, der jetzt das Weinen

näher war als das Lachen, „ich bin ja doch kein kleines Kind, daß ich für zwanzig Schritte einen Schuh haben müßte! Ehe die Hanna nur die Treppe hinunterkommt, bin ich drüben“ — und rasch ihren Hut aufsetzend, wollte sie eben zur Tür hinaus, als es draußen klingelte.

„Seh Sie mal, wer da ist, Hanna!“

Die junge Dame mochte jetzt ebenfalls nicht hinaus, wo vielleicht ein Fremder an der Tür stand. Das Mädchen ging denn auch hinaus, und die Tür blieb indessen halb offen, damit sie hören konnten, wer so spät noch kam. Da vernahmen sie draußen eine bekannte Stimme, die fragte:

„Gnädige Frau und Herr Oberstleutnant zu Hause?“

„Ja, zu Hause sind sie,“ erwiderte die Hanna; „ich will's gleich drinne sagen — wen hab' ich die Ehre?“ (Die Formel war ihr oft genug einstudiert worden.)

„Graf Rauten.“

„Og Du mein Himmel,“ rief Flora, die an der Tür gehorcht hatte, indem sie zurücksprang — „und wie sieht es hier aus!“

„Führe den Herrn Grafen nur hinüber.“

„Aber da ist ja alles stockfinster, Mama.“

Es entwickelte sich jetzt eine jener Familienkneien, wie wir sie häufig bei unerwarteten Besuchen in Häusern erleben können, wo sich ein nur zu dem Zweck bestimmtes Empfangszimmer befindet, das dann natürlich nie in Ordnung ist, wenn es einmal plötzlich gebraucht werden soll. Die verschiedensten Vorschläge wurden gemacht; die Lichter anzünden — aber das nahm zu viel Zeit weg; und hier herin — das ging nicht; oder zum Vater hinüber — aber wo war nur der Vater, und weshalb kam er nicht? — und indessen stand Graf Rauten mit der liebenswürdigsten Geduld draußen auf dem von einer düstern Lampe erleuchteten Vorplatz und lächelte nur leise vor sich hin, denn es konnte ihm gar nicht entgehen, welche Verwirrung er angerichtet hatte. Er wäre auch wohl am liebsten wieder fortgegangen, denn er fühlte,

gegen das durch die Gewerbeordnung gewährleistete Koalitionsrecht wüten. Die Gerichte haben sich noch immer mit Verleumdungen der edlen Streikbrecher durch böse Streiker zu beschäftigen. Erst Donnerstag wurde wieder ein Weber zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er zu einem Arbeitswilligen gesagt: „Das wird Dir nicht gut bekommen!“ Allerdings ein schreckliches Verbrechen gegen die Streikbrecher-Ehre! Gegen einen Fabrikanten, der eine Arbeiterin in brutalster Weise bedrängte, weil sie vor seiner Fabrik während der Aussperrung auf- und abgegangen war, sie an das Gitter drängte, an beiden Handgelenken packte und ihr dabei einen Fadentarmel ausriß, fand das Gericht trotz Anzeige keine Veranlassung vorzugehen. Die Staatsanwaltschaft teilte der Arbeiterin vielmehr dieser Tage mit, daß das Verfahren gegen den Fabrikanten eingestellt werde und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen seien. Die Staatsanwaltschaft sah in dem Vorgehen des Fabrikanten ein berechtigtes, da die Arbeiterin nach seiner Ueberzeugung eine strafbare Handlung durch Verleumdung Arbeitswilliger begangen hatte und er zu ihrer Festnahme Berechtigung hatte. Ha! Das ist doch eine höchst merkwürdige Entscheidung, die um so sonderbarer anmutet, wenn man das Vorgehen der Behörden gegen die Aussperrten in Betracht zieht. Aber sie vervollständigt ausgezeichnet das Bild von dem Staate der Preußen, das Krimmischau auch in anderen Beziehungen uns geliefert hat. Nur so weiter!

Vom Schutze der Arbeitswilligen. Fünf streikende Arbeiter aus der fürstlichen Steingutfabrik in Schlierbach fanden dieser Tage vor der Strafkammer in Hanau unter der Anklage, sich einer Nötigung und Verleumdung gegen Arbeitswillige schuldig gemacht zu haben. Der Tatbestand, welcher der Anklage zugrunde lag, ist folgender: Am 21. Oktober v. J., 2 Tage nach dem Ausbruch des Streiks, der übrigens auch jetzt noch fortwauert, fanden die fünf streikenden Arbeiter in ihrem Wohnorte auf der Straße und unterhielten sich. Da kam ein Trupp Arbeitswilliger vorbei, die aber, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, den Platz umgingen. Hierbei soll der eine von den Streikenden gerufen haben: „Hui Teufel, da kommen Arbeiter, die ihren Kollegen in den Rücken fallen.“ Als gleich darauf noch zwei weitere Arbeitswillige in Sicht kamen, rief derselbe Streikende auch ihnen einige kräftige Worte zu, die freilich ebenso dach erwidert wurden. Aus dieser doch ganz gewiß unbedeutenden Geschichte sollte eine Hauptaktion gemacht werden. Die Fabrikleitung zeigte die Sache bei der Staatsanwaltschaft an, und gewisse Leute freuten sich schon, die „Verbrecher“, welche die „Hauptheber“ beim Streik seien, sofort in Untersuchungshaft gebracht werden würden. Ganz so schlimm wurde zwar die Sache nicht; aber die Staatsanwaltschaft glaubte wirklich, in dem Vorfall eine Nötigung und Verleumdung der Streikenden entdecken zu können und erhob öffentliche Anklage deswegen. In der mündlichen Verhandlung mußten sogar die Arbeitswilligen bekennen, daß die Angeklagten offenbar gar nichts Böses geplant und daß sie auch, mit Ausnahme des einen, welcher jene Worte gerufen, sich ganz ruhig verhalten hatten. Trotzdem hielt der Staatsanwalt die Anklage auf Nötigung gegen alle Angeklagten anrecht, da sich die Angeklagten sicher nur zu dem Zweck versammelt hätten, damit die Arbeitswilligen ihnen einen Vorwand zu einer lästigen Prügelei geben sollten, und die Arbeitswilligen dadurch in der Tat belästigt worden seien. Für diese „Nötigung“ beantragte der Staatsanwalt gegen jeden Angeklagten 3 Wochen Gefängnis und wegen der Verleumdungen gegen den einen Angeklagten noch einen Monat, zusammen 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht sprach alle Angeklagten von der Nötigung frei, leitete aber den Antrag des Verteidigers auf Erstattung der Kopien der Verteidigung ab, da es doch nicht anzuschließen sei, daß die Angeklagten die Absicht einer Nötigung ursprünglich gehabt hätten. Wegen der Verleumdungen wurde der eine Angeklagte zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

Benjamin Rickard, einer der bedeutendsten englischen Gewerkschaftsführer, ist Mittwoch in London, der „St. Jiz.“ zufolge, gestorben. Er erlag der Brighischen Marenkrankheit und hat, wie die Ärzte sagen, seinen Tod durch seine unermüdete, aufreibende Tätigkeit beschleunigt. Rickard wurde 1842 als Sohn eines Bergmanns in der Nähe von Leeds geboren. Schon als 19jähriger Knabe hing er in die Kohlengrube hinunter, 20 Jahre lang arbeitete er selbst mit

Bild und Schaufel, dann wählten ihn die Bergleute von West-Yorkshire zu ihrem Sekretär, und sie haben diese Wahl niemals zu bedauern gehabt. Die Bergwerksgesetze, die über die Haftpflicht der Unternehmer, ebenso der achtstündige Arbeitstag der Bergleute hatten in Rickard einen stets kampfbereiten Verteidiger. Er beschränkte seine Tätigkeit aber keineswegs auf die Arbeiterfrage. Er war ein großer Freund und Vorkämpfer der Friedensidee, besuchte auch im Jahre 1887 als Mitglied einer Friedensdeputation den Präsidenten Cleveland. Auch die Idee der Verbindung Englands und Frankreichs durch einen Kanaltunnel fand seine eifrige Unterstützung. Auf den Trade-Union Kongressen fehlte er fast niemals und ihm in erster Linie ist das Zustandekommen der internationalen Kongresse der europäischen Bergleute zu danken. Es verstand sich von selbst, daß er Präsident des gewaltigen Verbandes der Bergleute von Großbritannien wurde. Für englische Verhältnisse bezeichnend ist es, daß dieser hervorragende Vertreter des Arbeiterstandes ein eifriges Mitglied seiner Kirche war. Rickard war Wesleyanischer Methodist. Oft bestieg er am Sonntag die Kanzel, um zu predigen; er unterrichtete in Sonntagschulen, war auch als Lehrer in abendlichen Fortbildungsklassen tätig. Den großen Kohlenarbeiterstreik des Jahres 1893 focht er sozusagen im Bette aus, denn die tödliche Krankheit machte sich bereits sehr fühlbar. Seit 1885 gehörte er dem Parlament an; die Bergleute von Normanton wählten ihn zu ihrem Vertreter. Er schloß sich dort der Arbeiterpartei an. Bei der letzten Parlamentswahl trug er mit 5025 Stimmen den Sieg über seinen Gegner davon, der nur 3606 Stimmen erhielt, trotzdem damals die Kriegsstimmung den Radikalen keineswegs günstig war.

Schippel hatte in einer Erklärung des „Vorwärts“ die Auseinandersetzung damit weitergeführt, daß er Kautsky als einen „Querulanten“ beschimpfte. Sogar die „Vossische Zeitung“ hat diese Form der Diskussion ärmlich und kläglich gefunden. Freitag erwiderte Kautsky mit einem Schlußwort im „Vorwärts“, in dem er zunächst feststellte, daß Schippel die Richtigkeit der Anklagen Kautskys durch sein anmaßliches Schweigen anerkannt habe, und dann schloß: „Eine Fortsetzung der Diskussion zwischen ihm und mir ist zwecklos geworden. Das Wort haben jetzt die Parteigenossen, vor allem die Fraktionskollegen. Ich will hier nur noch bemerken, daß ich selbstverständlich bereit bin, vor jeder Parteinstanz meine Anklagen näher zu begründen, wie ich dies zum Teil schon in der von mir zitierten Artikel getan, die freilich nicht „wäterschütternd“ waren. Darin hat Schippel ganz recht. Sie waren es schon deshalb nicht, weil sie sich nur mit ihm und seinen Anschauungen beschäftigten. Und ich denke, man kann mit Schippel fertig werden, ohne dabei die Welt merklich zu erschüttern.“

Der Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungs Gesetz ist neben von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, wieder neu herausgegeben. Das Heftchen war eine Zeilung vergriffen; doch veranlaßten die zahlreichen Nachfragen unsere Parteibuchhandlung, es wieder zu drucken. Der Führer ist eine übersichtliche Zusammenstellung nach der am 1. Oktober 1900 in Kraft getretenen Fassung des Gesetzes und enthält ein ausführliches Inhaltsverzeichnis, sowie ein umfangreiches und erschöpfendes Sachregister. Der Verfasser ließ sich bei der Herausgabe von dem Gedanken leiten, daß es für jeden Arbeiter, der unter das Gesetz fällt, notwendig ist, sich mit den Bestimmungen desselben vertraut zu machen, wenn er sich vor wirtschaftlichem Nachteil schützen will. Die Gesetze selbst sind aber meist zu teuer und auch nicht jedem verständlich. Beide Nachteile verhütet der Führer, der nur 25 Pfennig kostet und die Bestimmungen des Gesetzes gemeinverständlich darlegt. Wahlvereine und Gewerkschaften, aber auch Krankenkassen sollten das Heft, das in Partien billiger geliefert wird, für ihre Mitglieder erwerben. Außer diesen Führern sind noch vorhanden: Führer durch das Invalidenversicherungsgesetz 25 Pf.; Führer durch das Bau-Unfallversicherungsgesetz 25 Pf.; Führer durch das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft 25 Pf.; Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht — zugleich ein Begleiter bei Reichstagswahlen — 30 Pf.; Führer durch die Strafprozessordnung; Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei, von Dr. H. Heinemann, 40 Pf. Diese Führer sind in allen Parteibuchhandlungen zu haben und werden von jedem Kolporteur und jedem Zeitungsträger besorgt.

Preußens Pech im Russendienst. Ein Berliner Kriminalschutzmänn hatte am Mittwoch einen russischen „Verbrecher“, der seiner Regierung ausgeliefert werden sollte, an die Grenze zu bringen. Unterwegs, während der Fahrt zwischen Guben und Sommerfeld, gelang es dem Arrestanten, obwohl er gefesselt war, die Koppelstür zu öffnen und hinauszuspringen. Der Schutzmänn, von diesem plötzlichen Fluchtversuch, der wegen der Fesselung des Verbrechers ausgeschlossen erschien, überrascht, sprang sofort nach, wurde aber von dem Zuge 225 der Niederschlesisch-märkischen Eisenbahn überfahren und an beiden Beinen schwer verletzt. Dem Flüchtling dagegen wurde von demselben Zuge der Kopf abgefahren. Der Schutzmänn befindet sich gegenwärtig im Krankenhaus zu Guben, an seinem Auskommen wird gezweifelt. Wohlweislich wird verschwiegen, welches „Verbrechen“ denn dieser der Krute auszuliefernde Flüchtling begangen hat.

Die Springflut bei den Kanalinseln, die am Dienstag von einem heftigen Sturm begleitet war und mit einem allerdings schwachen Erdbeben ihren Abschluß fand, machte sich, wie aus London noch geschrieben wird, am Mittwoch an der ganzen englischen Südküste in unangenehmer Weise fühlbar. In Hastings war der angerichtete Schaden besonders groß. Aber auch Nordwestfrankreich und die portugiesische Küste wurden durch den plötzlichen Wasserandrang in Schrecken gesetzt. Schiffe sanken in den Häfen, Küstenorte wurden demoliert und die Bevölkerung floh in das Innere des Landes. Die Flut wird von allen Seiten in derselben Weise geschildert. Gewaltige Wassermassen wälzten sich in regelmäßiger Aufeinanderfolge mit unwiderstehlicher Gewalt über Dämme und Quais und zerschmetterten, was ihnen im Wege stand. Der alte Teil von Portsmouth war überflutet. Die Dampfschiffe, die die Verbindung mit Goxport herstellten, mußten ihren Dienst einstellen. Die Trambahnen fuhren nicht mehr, und alle Keller standen unter Wasser. In Brighton zerschlug eine enorme Flutwelle die an der Küste entlang laufende elektrische Bahn. 50 m des Gleises wurden weggerissen, und die Schienen dabei so gewunden und gedreht, als beständen sie aus Draht. Die Klippe von Dörrington litt ebenfalls unter der Flut, so daß verschiedene Häuser geräumt werden mußten. In Sandgate erreichte die Flut eine solche Höhe, daß sich das Meerwasser durch die Fenster in das untere Stockwerk des Hospitals ergoß. Bei St. Leonards (Hastings) wurde in den Damm, der den Ort vor den Wellen schützen soll, von diesen eine 200 Fuß breite Bresche gerissen. Gewaltige Zementblöcke wurden von den Wellen an dem Ufer herumgerollt, als seien sie kleine Kieselsteine. Sobald die Flut zurückwich, arbeitete ein ganzes Heer von Arbeitern an der Ausfüllung der Bresche mit Felsblöcken. Die große Ebene bei Hastings, auf der einst Wilhelm der Eroberer landete, war vollständig vom Wasser bedeckt. Seit 50 Jahren ist das Wasser des Meeres nicht so weit in das Land eingedrungen.

Ein gräßlicher Unfall im Zirkus ereignete sich in Tunis. Dort machte der Artist Macetti eine Fahrt im sogenannten „Todesring“, der über der Manege in die Höhe gezogen wurde. Um die an sich schon aufregende Produktion noch grausiger zu gestalten, hatte man unter dem „Todesring“ einen oben offenen Käfig mit einem Löwenpaar postiert. Macetti stürzte nun bei der Vorstellung aus dem Ring und fiel in den Löwenkäfig hinein. Während der Löwe von dem unfreiwilligen Besucher keine Notiz nahm, sprang die Löwin auf den Artisten zu und zerschmetterte ihm den rechten Oberarm. Sofort eilte die Frau des Zirkusbesizers Maffertini in den Käfig und trieb das Tier von dem unglücklichen Macetti fort, der nun zwar in Sicherheit gebracht wurde, aber infolge der Todesangst Spuren von Geistesföhrung zeigt.

Lübener Marktpreise vom 6. Februar. Bauern-Butter Pfd. 1,10 M., Meierei-Butter Pfd. 1,25 M., Gansen Eid. 3,00 M., Enten Eid. 2,80 M., Gühner Eid. 1,80 M., Küken Eid. — M., Lauben Eid. 0,60 M., Gänse Pfd. — 68 Pf., Flügels 3.— M., Schweinskopf, Pfd. 0,45 M., Schinken Pfd. 0,80 M., Würst Pfd. 1,15 M., Eier 7 Eid. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karotten Pfd. 1.— M., Karaulschen Pfd. 80 Pfg., Gochte Pfd. 70 Pfg., Borsage Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0,90 M.

das er in diesem Augenblicke nicht gelesen hat — das ging aber doch auch nicht; er hätte sich nicht so nicht, und kann hätte es die Familie nur noch mehr in Verlegenheit gebracht. Die Zeit, die man ihn zu brauchen sehen ließ, dauerte aber wirklich ein wenig lange, und der Oberleutnant indeffen, mit keiner Ahnung, was da bei ihm im Geiste vor sich ging, sah in seiner Stube, in seinem Logis, aufgedreht, nachher seine Pfeife und las das offizielle Blatt, das „Rhodensburger Journal“.

Was sich aber, als Gegenstück zu diesem Bilde der vollstündigen Ruhe und Desorganisations, in einer wachsenden Unruhe und Spannung befand, war keine Tochter Hermine. Sie hatte, gleich wie der Graf gemacht wurde, ihren Hut abgenommen und würde ihn in der Hand zerstückelt haben, wenn es nicht der „arme“ gewesen wäre. Die kleinen weißen Häute ließ sie dabei jetzt zusammen, die Lippen pressten sich mit Gewalt übereinander, und sie hatte in dem Augenblicke wirklich Tränen im Auge, wenn sie nur gleich gewußt hätte, was — vielleicht den Grafen Kanten selber.

Die Situation wurde immer schlimmer über den Kopf; es blieb nichts mehr übrig, als einen entscheidenden Schritt zu tun, und während die Frau Oberleutnant Flora zuflucht: „Schick den Grafen weg!“ — brach sie jetzt selber auf der Tür hinaus, um den Befehl zu empfangen.

„Ach, mein lieber Herr Graf — wie wunderbar von Ihnen.“

„Gnädige Frau.“ sagte der Graf, der jetzt wirklich die Türschwelle hinter sich in der Hand hatte, „ich würde unendlich behaglich, Ihnen zu empfangender Zeit zu kommen; wenn ich nur eine Ahnung hätte, daß...“

„Aber ich bitte Sie, wie können Sie so etwas denken — ach, wollen Sie denn nicht näher treten?“ (Der Graf fand hier in den letzten zehn Minuten in der allmählichen Abklärung, warum er doch seinen Mann! — Er sah

ganz unter und, Herr Graf; Sie finden uns freilich ein wenig verängstigt...“

„Aber ich hoffe doch nicht zu weit?“

„Da, gewiß nicht“, rief die Frau Oberleutnant, die in dem Augenblicke ganz den eigentlichen Trauerfall vergaß, an dem sie überhaupt nur wenig dachte — die Kinder waren gerade dabei, einige Toilettengegenstände anzuzufügen; aber wollen Sie nicht näher treten?“

Als dieser Einbe heraus kam der Oberleutnant gestohlet:

„Ach, mein lieber Graf, was machen Sie — bitte, kommen Sie mit herein! Wie geht's immer?“

„Nun lieber Herr Oberleutnant“, sagte Graf Kanten, der jetzt natürlich mit in die Stube trat, wo Henriette und Flora wenigstens widerständig den Tisch abgeräumt hatten, „ich habe mit lebhaftem Bedauern gehört, daß Sie in der vorigen Nacht ein so heftiges Verfall befallen hat, und wollte nicht verkommen, Ihnen mein inniges Beileid darüber auszusprechen.“ Er nahm dabei des kleinen Mannes Hand und drückte sie herzlich, während Klingensack, den Druck erwidern, sagte:

„Ja, Herr Graf, es war hart — und meine Schwester noch so ruhig und lebensfröhlich, daß ich keine Ahnung hatte, sie könne es so rasch erkranken.“

„Ach ja, Herr Graf“, sagte jetzt die gnädige Frau mit leiser, wie schmerzgequälter Stimme, „es war recht hart und kam es so überraschend — mitten in der Nacht eigentlich — wie glückselig, es wäre eine telegraphische Depesche.“

„Sie hat aber jedenfalls einen sanfteren Tod gehabt?“

„Der Schlag hat sie gerührt“, erwiderte die gnädige Frau, „die Kinder waren außer sich darüber.“

„Das läßt sich denken; ein Schmerz, der uns so rasch überkommt, ist um so peinlicher — ach, da sind ja die jungen Damen! Meine Gnädigen, ich habe die Ehre Sie zu be-

grüßen! Wir sprachen gerade über das große Leid, von dem Ihre Familie heimgesucht wurde...“

„Ach ja, Herr Graf“, sagte Flora, „es hat uns so ergriffen...“

„Sie dürfen aber Ihren trüben Gedanken nicht so sehr nachhängen“, fuhr der Graf fort, „und die Zeit lindert ja auch jeden Schmerz.“

Henriette und Flora wußten eigentlich nicht recht, was sie für ein Gesicht zu der Anrede machen sollten; aber die Gesellschaft gibt uns ja die Form für jede Situation im Leben, und da der Graf viel zu viel Takt besaß, um länger als nötig bei dem für Alle peinlichen Thema zu verweilen, so wandte sich das Gespräch bald einer andern Richtung zu.

Während nun Graf Kanten seine Kondolenz-Büste machte, spielte sich unten, Parterre, noch eine andere Szene ab.

Apollon Semmlin saß gerade in seinem Kontor und revidierte seine Bücher, als der jüngste Lehrling, ein häuslicher Junge mit stets kurz abgeschnittenen und struppigen Haaren, den Kopf in die Tür steckte und leise flüsterte:

„Herr Hofapotheker, es hat sich Jemand hinten bei uns in den Hof geschlichen!“

„Was hat sich?“ sagte Herr Semmlin, der so in seine Berechnungen vertieft war, daß er die Hälfte der Anrede überhörte.

„Jemand hat sich in den Hof geschlichen“, wiederholte aber der Junge seine Meldung, „und der will wahrscheinlich wieder Süßholz stehlen!“ (Es hatte nämlich in der vorigen Woche eine ganze Quantität von diesem dort aufgeschichteten Holze gefehlt, ohne daß man wußte, auf wen sich der Verdacht lenken sollte.)

(Fortsetzung folgt.)